

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 29. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2016-2020)

Sitzungsdatum: 23. Januar 2019
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 20.50 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Markus Gruber, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Philippe Hofmann
Roman Klauser
Christoph Morat
Thomas Pfaff (Entschuldigt)
Franz Vogt
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
Rudolf Spinnler, Jurist

Anwesend: Philippe Adam, Rolf Adam, Mark Aellen, Andreas Bärtsch, Julia Gosteli,
Barbara Grange, Markus Gruber, Kathrin Gürtler, Matthias Häuptli,
Lukas Hess, Roman Hintermeister, René Imhof, Manfred Jutzi,
Astrid Kaiser, Ueli Keller, Christian Kellermann, Patrick Kneubühler,
Ursula Krieger, Andreas Lavicka, Jérôme Mollat, Martin Münch,
Urs Pozivil, Alfred Rellstab, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl,
Florian Spiegel, Beatrice Stierli, Christian Stocker Arnet, Flavia Tschan,
Pascale Uccella, Jörg Waldner, Andreas Widmer, Etienne Winter,
Jean-Jacques Winter, Simon Zimmermann

Entschuldigt: Mehmet Can, Niklaus Morat, Melina Schellenberg, Henry Vogt, Semra
Wagner

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 35 Anwesende = 24
18.20 Uhr 36 Anwesende = 24

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes in das **Wahlbüro**, anstelle der zurückgetretenen Vanessa Vogt, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: Dominik Vogel Geschäft 4426
2. Wahl eines Mitgliedes in das **Wahlbüro**, anstelle der zurückgetretenen Rosemarie Imhof, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: Anne-Sophie Metz Geschäft 4427
3. Bericht der Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste, vom 12.11.2018, betreffend **Totalrevision des Reglement über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen der Einwohnergemeinde Allschwil vom 24. Mai 2000**, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: Andreas Widmer, Präsident KSFVZ Geschäft 4184C
4. Bericht des Gemeinderates vom 14.11.2018, betreffend **Räumliches Entwicklungskonzept Allschwil 2035, Abrechnung**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4271C
5. Interpellation von Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion, vom 07.11.2018, betreffend **Aufwertungspotenzial der Strassenräume in Allschwil**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4424 / A
6. Postulat von Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 28.11.2017, betreffend **Natürliche Lüftung mit Schallschutz**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4366
7. Postulat von Christian Stocker Arnet und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 25.04.2018, betreffend **Priorisierung des Schulweg- und Sicherheitskonzeptes**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4387
8. Postulat von Florian Spiegel, SVP-Fraktion, vom 25.04.2018, betreffend **Erstellung der Schulweg- und Sicherheitskonzepte**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4390
9. Postulat von Andreas Lavicka und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 25.04.2018, betreffend **Umsetzung Freiraumkonzept Allschwil – Bettenackerareal**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4388
10. Postulat von Andreas Lavicka und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 25.04.2018, betreffend **Zwischennutzung Brache Bettenackerareal**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4389
11. Postulat von Simon Maurer und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 16.05.2018, betreffend **Prüfung einer Gemeindemediathek in der Villa Guggenheim**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4396
12. Postulat von Simon Maurer, Melina Schellenberg und Mehmet Can, SP-Fraktion, vom 26.06.2018, betreffend **Strategie Glasfaser-Erschliessung Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4403

13. Postulat von der Philippe Adam, Rolf Adam, Christian Kellermann, Evelyne Roth, Beatrice Stierli und Andreas Widmer, CVP-Fraktion, vom 18.09.2018, betreffend
Öffentliche Ladestationen für Elektroautos in der Gemeinde Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann

Geschäft 4411

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
 - FRAGESTUNDE
-

Für das Protokoll:

Jörg Bertsch / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 28 vom 23. Januar 2019

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Markus Gruber

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

Markus Gruber, Präsident: Ich begrüsse alle zur Januar-Sitzung. Mir liegt eine Einladung vor des Musikvereins Schönenbuch für den gemeinsamen Muusig-Obe vom Samstag, 2. Februar, im Saal Gartenhof. Sie sind dazu herzlich willkommen. Der Musikverein Schönenbuch würde sich sehr über eine Delegation des Einwohnerrats Allschwil freuen. Das Programm liegt hier vor auf; Interessenten können sich gerne bei mir melden.

Es liegen mir keine dringlichen Interpellationen, Postulate oder Motionen vor.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Ich habe ein Postulat eingereicht «Bildung einer Begleitkommission für die Ausarbeitung der Versorgungs-region mit Binningen und Schönenbuch». Drei Ratskollegen und -kolleginnen waren der Meinung, ich solle dieses Postulat dringlich machen. Ich bin der Meinung, ich hatte die Dringlichkeit im Antrag begründet und bezeichne das Postulat hiermit als dringlich.

Markus Gruber, Präsident: Somit liegt ein dringliches Geschäft vor, Geschäft Nr. 4435, Postulat von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, «Bildung einer Begleitkommission für die Ausarbeitung der Versorgungs-

region mit Binningen und Schönenbuch». Der Postulant hat bereits zur Dringlichkeit gesprochen. Somit stimmen wir über die Dringlichkeit ab. Es ist ein 2/3-Mehr notwendig.

://:

Das Postulat «Bildung einer Begleitkommission für die Ausarbeitung der Versorgungsregion mit Binningen und Schönenbuch», Geschäft Nr. 4435, wird grossmehrheitlich bei 3 Nein und 4 Enthaltungen für dringlich erklärt.

Markus Gruber, Präsident: Wir kommen somit nach der Pause zur Überweisung des Postulats.

Im Weiteren liegen mir folgende Vorstösse vor:

- Geschäft 4434, Motion betr. Frühförderung von Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion
- Geschäft 4436, Motion betr. Überarbeitung Alterskonzept Allschwil von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion
- Geschäft 4438, Postulat betr. Toilette beim Schiessstand Mühlerain/Plumpi, von Rolf Adam, CVP-Fraktion

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich stelle fest, dass diese rechtzeitig zugestellt worden ist und frage den Rat an, ob es Anträge auf Änderung der Traktandenliste gibt.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Wir haben heute einige Lücken in unseren Reihen. Dies betrifft das Traktandum 12, Strategie Glasfaser-Erschliessung in Allschwil. Simon Maurer ist zurückgetreten und nicht mehr im Rat. Die beiden anderen Personen, die mit ihm das Traktandum vorbereitet haben, Melina Schellenberg und Mehmet Can, sind heute nicht anwesend. Es handelt sich um ein kleines Geschäft. Ich bitte, es heute von der Traktandenliste zu nehmen.

://:

Der Streichung von Traktandum 12 auf der heutigen Traktandenliste wird einstimmig zugestimmt.

Markus Gruber, Präsident: Ich stelle fest, dass die Traktandenliste in der geänderten Form genehmigt ist.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes in das Wahlbüro, anstelle der zurückgetretenen Vanessa Vogt, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: Dominik Vogel, Geschäft 4426

Markus Gruber, Präsident: Vorgeschlagen ist Herr Dominik Vogel. Ich frage den Rat an, ob es weitere Nominierungen gibt. – Das ist nicht der Fall. Wird stille Wahl bestritten? – Auch das ist nicht der Fall.

://:

Dominik Vogel ist in stiller Wahl als Mitglied des Wahlbüros gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Wahl eines Mitgliedes in das Wahlbüro, anstelle der zurückgetretenen Rosemarie Imhof, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2020)
Wahlvorschlag: Anne-Sophie Metz, Geschäft 4427

Markus Gruber, Präsident: Vorgeschlagen ist Frau Anne-Sophie Metz. Ich frage den Rat an, ob es weitere Nominierungen gibt. – Das ist nicht der Fall. Wird stille Wahl bestritten? – Auch das ist nicht der Fall.

://:

Anne-Sophie Metz ist in stiller Wahl als Mitglied des Wahlbüros gewählt.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht der Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste, vom 12.11.2018, betreffend Totalrevision des Reglement über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen der Einwohnergemeinde Allschwil vom 24. Mai 2000, 1. Lesung
Geschäftsvertretung: Andreas Widmer, Präsident KSFVZ, Geschäft 4184C

Markus Gruber, Präsident: Ich weise vorweg darauf hin, dass dies die 1. Lesung ist und dass wir über die Anträge der Kommission und die Gegenanträge in der 2. Lesung abstimmen werden.

Andreas Widmer, Präsident KSFVZ: Die Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste hat sich im Jahr 2018 intensiv mit der Totalrevision des Reglements über die Entschädigung der Behörden, Kommissionen und Nebenfunktionen der Einwohnergemeinde Allschwil vom 24. Mai 2000 befasst. Im Verfahrenspostulat der Vorgängerkommission vom 22. Januar 2014, verfasst vor über fünf Jahren, steht das Zitat: «In diesem Reglement entsprechen etliche Punkte (wie Vormundschaftsbehörde / Rohrführerentschädigung) nicht mehr den heutigen Gegebenheiten.» Im Verlauf unserer Bearbeitung merkten wir, dass nicht nur die diversen Begriffe, sondern ganz allgemein auch die Entschädigungen nicht mehr den heutigen Gegebenheiten entsprechen. Ohne näher auf den Umstand einzugehen, hatte ich persönlich in der Folge den Eindruck, dass es sich bei diesem Geschäft um eine heisse Kartoffel handelt. Diese wollte niemand gern in die Finger nehmen, denn man könnte sich diese ja daran verbrennen. Wie dem auch sei, wir haben in unserer Kommission die Herausforderung angenommen, geht es doch darum, wie wir mit Steuergeldern umgehen, und darum, dass wir teilweise über unsere eigenen Entschädigungen entscheiden. Um eine Grundlage für unsere Arbeit zu erhalten, haben wir die bisherigen Entschädigungen mit den Entschädigungen in anderen Gemeinden mit Gemeindeparlament verglichen. Bereits bei diesen Vergleichen bemerkten wir, dass es bei den aktuellen Entschädigungen einen gewissen Handlungsbedarf gibt. Im Weiteren haben wir beim Gemeinderat und den Behördenpräsidien eine Umfrage zu ihrer subjektiven Einschätzung des für ihre Tätigkeiten anfallenden Arbeitsaufwandes gemacht.

Die Umfrage hat ergeben, dass der Aufwand für einen Gemeinderat ca. 35 %, für das Vizepräsidentin ca. 40 % und für das Präsidium ca. 75 % beträgt. Basis für diese Prozentzahlen sind 220 Arbeitstage zu 8.4 Stunden = 1'848 Stunden. Wir sind zur Auffassung gekommen, dass Gemeinderäte bei diesem Pensum ihre ordentliche Erwerbstätigkeit um ca. 20 %, also einen Arbeitstag pro Woche, reduzieren müssen. Beim Präsidium sind es sicher mehr Arbeitstage, die reduziert werden müssen und zum Wohl der Gemeinde eingesetzt werden. Aus unserer Sicht ist es sinnvoll, wenn die Tätigkeiten als Gemeinderätin/Gemeinderat oder Gemeindepräsidentin/ Gemeindepräsident weiterhin im Nebenamt geführt werden und nicht in einem Anstellungsverhältnis mit der Gemeinde. Auch ist es klar, dass solches politisches Engagement auch immer einen grossen Anteil an Freiwilligenarbeit enthält und dass darum ein Teil dieser Tätigkeit nicht finanziell entschädigt wird. So sind wir zum Schluss gekommen, dass wir die Entschädigungen der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte um rund CHF 11'000 anpassen sollten.

Bei den Behördenpräsidien haben wir ebenfalls eine Umfrage durchgeführt. Im Weiteren haben wir die Ansätze ebenfalls mit anderen Gemeinden ähnlicher Grösse mit Gemeindeparlament verglichen und sind auch dort der Meinung, dass die Entschädigungen für die Behördenpräsidien angepasst werden sollten. Insbesondere beim Präsidium des Schulrates ist zu beachten, dass mit der Einführung der 6. Primarstufe ein grösseres Pensum entstanden ist. Generell ist nach unserer Auffassung, wie bei den übrigen Präsidien auch, der Aufwand gestiegen.

Bei der Feuerwehr war es uns wichtig, dass auch die dortigen Entschädigungen auf eine gute Basis gestellt werden. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass es transparent sein muss, wie viel wir für die Feuerwehr zahlen sollen. Aus diesem Grund haben wir diverse administrative Stunden in die Jahresentschädigung der Offiziere eingeschlossen. Es kam bei einigen Funktionen zu grösseren

Erhöhungen der fixen und pauschalen Entschädigungen, auf der anderen Seite aber auch zu mehr Transparenz. Bei allen Funktionen haben wir die Entschädigungen pro Stunde prozentual etwa im gleichen Umfang erhöht wie die Sitzungsgelder pro Stunde. Bei den Funktionen Zivilschutz und regionaler Führungsstab haben wir ebenfalls die Entgelte angepasst. Der regionale Führungsstab war im bisherigen Reglement noch nicht abgebildet. In § 9 haben wir auch eine Entschädigung für Langzeiteinsätze hineingenommen. Dies ist eine Erkenntnis aus der Katastrophe, die sich in Pratteln ereignet hatte, als ein Haus explodierte. Dort waren Mitglieder des Gemeindeführungsstabes und des regionalen Führungsstabes über mehrere Tage im Einsatz und die Frage der Entschädigung musste nachträglich geklärt werden.

In der ersten Version unseres Berichts waren wir der Ansicht gewesen, dass das ehemalige Reglement, mit Ausnahme der Höhe der Entschädigungen, auch den heutigen Ansprüchen genügt. Aufgrund der Rückmeldungen aus dem Gemeinderat haben wir uns entschlossen, den Bericht zurückzuziehen und das Reglement auch in der Gliederung und im Detaillierungsgrad neu zu gestalten. Der diesbezügliche Vorschlag des Gemeinderats und der Verwaltung wurde bei uns in der Kommission nochmals beraten. Die neue Gliederung und der neue Detaillierungsgrad haben in der Kommission überzeugt. Das so neu gestaltete Reglement dient als Grundlage für den nun vorliegenden zweiten Bericht und liegt jetzt zur Diskussion vor.

Zugleich wurde durch den Gemeinderat die zum Reglement gehörende Verordnung überarbeitet. Auch sie liegt dem Einwohnerrat vor.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch folgende Bemerkung: Mein ganz persönlicher Dank geht an dieser Stelle an die Mitglieder der Kommission für Sicherheit, Finanzen und Steuern, Verwaltungsführung und Zentrale Dienste. Im ersten Halbjahr 2018 haben wir alle 14 Tage eine Sitzung absolviert, um das Geschäft voranzubringen. Zudem möchte ich einen ganz herzlichen Dank an den Juristen der Gemeinde Allschwil, Herrn Rudolf Spinnler, richten, der im Herbst 2018 das Reglement in die neue, nun vorliegende Fassung gebracht hat.

Markus Gruber, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten ist. – Das ist nicht der Fall.

Allgemeine Beratung

Markus Gruber, Präsident: Ich weise einleitend darauf hin, dass wir nur über den Kommissionsbericht und das Reglement beraten. Die Verordnung liegt nur zur Kenntnisnahme vor.

Pascale Uccella, AVP-Fraktion: Mich hat es sehr erstaunt, als ich die Anträge der FDP erhielt, Anträge, die ich einfach speziell finde. Denn die Kommissionsarbeit, wie Herr Andreas Widmer vorhin sagte, war extrem streng. Wenn ich die Anträge der FDP anschau, dann frage ich mich, ob diese Kommissionsarbeit überhaupt noch nötig ist. Es sass von jeder Partei jemand in dieser Kommission, alle haben die Thematik diskutiert, und zwar nicht wenig diskutiert. Es war auch jemand von der FDP dabei. Und alle konnten das in ihre Fraktionen hineinbringen. Ich finde es einfach schade, wenn man, nachdem eine Kommission so viel und so intensiv gearbeitet und ihre Anträge dann ohne Gegenstimmen beschlossen hat, nachträglich mit solchen Anträgen kommt. Ich finde, das hätte man vorher diskutieren sollen. Nun wird es hier im Einwohnerrat eine Riesendiskussion geben und es wird alles wieder von vorne aufgerollt. Es ist schade um die Arbeit, die die Kommission geleistet hat.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Wir von unserer Fraktion wollen an erster Stelle ebenfalls einen Riesendank an die KSFVZ ausrichten. Die Abfassung des Reglements hat Sinn gemacht, weil es neue Funktionen und Begriffe gab; eine Anpassung war daher notwendig. Wir sind auch der Meinung, dass die eingeschlagene Vorgehensweise mit der Umfrage beim Gemeinderat und den Behördenpräsidien sehr gut war, umso zu evaluieren, um welchen Arbeitsaufwand es effektiv geht. Worauf unsere Anträge sich eigentlich beziehen, ist der Umstand, dass man dieses Benchmarking gemacht hat mit den umliegenden Gemeinden, um zu sehen, wo Allschwil im Vergleich steht. Es ist absolut legitim, dass man dies tut. Und man sieht auch zweifelsohne, dass Allschwil im Vergleich tief angesiedelt ist. Eine Erhöhung der Entschädigungen ist also auf den ersten Blick naheliegend. Wir haben in unserer Fraktion aber auch intensiv diskutiert, dass es dadurch zu Mehrausgaben von CHF 150'000 kommt. Da stellt sich natürlich die Frage, wie diese finanziert werden sollen. Spart man an anderer Stelle? Streicht man irgendetwas? Die grosse Frage ist also, wie kommt man dahin, dass man diese CHF 150'000 aufwenden kann. Damit kommt man auch auf den zentralen Punkt. Keinesfalls soll die Arbeit geschmäleret werden, die in den Kommissionen, Behörden, im Einwohnerrat, im Gemeinderat geleistet wird. Aber man kommt doch auf die grosse Diskussion zurück, die der Kern des Ganzen ist: Inwiefern gewichten wir die Freiwilligkeit mit

den Entschädigungen? Das ist die Grundüberlegung, die man anstellen muss. Wo siedelt man das Ganze an? Diese Gewichtung ist ja auch, wie man aus dem Bericht entnehmen kann, ein zentrales Anliegen der KSFVZ. Bei der Diskussion in unserer Fraktion haben sich drei Faktoren herauskristallisiert, auf die ich im Folgenden eingehen möchte. Zum einen ist da das Benchmarking mit anderen Gemeinden. Natürlich kann man sagen, wir sind die grösste Gemeinde und können daher auch die Entschädigungen erhöhen. Man könnte aber auch sagen, okay, wir sind die grösste Gemeinde, und wir sind mit den Entschädigungen zufrieden so, wie sie sind. Vielleicht muss man sich da nicht gegenseitig hochschaukeln, wenn es auch einmal Anpassungen in den anderen Gemeinden gibt. Einen zweiten Punkt haben wir diskutiert, der einfach ein Faktum ist. Wir hatten im Jahr 2015 eine Lohnkürzung beim Betriebspersonal. Die FDP war damals dafür, diese Kürzung vorzunehmen. Im Jahr 2017 gab es dann zwar wieder eine Rückanpassung durch Stichentscheid des Präsidenten. Die FDP hat dort mit Nein gestimmt. Es wäre ein falsches Signal an das Personal, wenn wir die erste Gelegenheit, um die Entschädigungen zu erhöhen, ergreifen. Auch das ist ein Grund für unsere Änderungsanträge. Ein dritter Punkt ergibt sich aus der Kernaussage von der Freiwilligkeit. Wir haben jetzt ja auch diese ominöse Gebührenordnung, mit welcher Vereine zur Kasse gebeten werden. Auch dort wird Freiwilligenarbeit geleistet. Es geht um Arbeit, für welche man Freizeit opfert, und welche man gern tut. Da stellt sich in unserem Fall die Frage. Wie soll das entschädigt werden? Und wenn man darauf wieder zurückkommt, ist es für uns der richtige Ansatz, lediglich die Teuerungsbereinigung vorzunehmen, wie das auch schon seit dem Jahr 2000 der Fall ist. Diesbezüglich wollen wir aber ganz klar nochmals darauf hinweisen, dass wir dies nur bei den politischen Funktionen anstreben. Bei der Feuerwehr, beim Zivilschutz und auch beim regionalen Führungsstab steht für uns ausser Diskussion, dass man die Ansätze erhöhen kann und auch erhöhen sollte.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion möchte der Kommission ebenfalls Dank aussprechen. Rückblickend könnte man sagen, sie hatten eine Zangengeburt. Es war nicht einfach. Sie mussten lang und intensiv daran arbeiten. Diese Zeit hat es gebraucht, und das Ergebnis lässt sich sehen. Es ist gut gearbeitet worden. Wertvoll ist vor allem auch, dass die Anpassungen bei der Gemeinde die nötige Wertschätzung erkennen lässt für die Arbeit, die an Wochentag-Abenden und an Wochenenden geleistet wird, und dass die Anpassung für alle Akteurinnen und Akteure im gleichen Umfang erfolgt ist. Die SVP-Fraktion wird die Änderungsanträge der FDP-Fraktion vom 21. Januar ablehnen. Deren Begründungen stehen auf sehr wackeligen Beinen und riechen nach Wahlsonntag. Die heldenhafte Tat, nur bei uns selber zu kürzen, beweist unsere Annahme. Ausserdem gehen wir davon aus, dass die FDP auch Mitglieder in der Kommission hatte und dort entsprechend hätte mitsprechen können. Das heisst aber noch lange nicht, dass die SVP das Reglement einfach so durchwinken will. Es gibt sicher noch Feinjustierungen, die man vornehmen sollte. Wir möchten zuerst gerne einmal den Puls im Rat fühlen und werden dann nötigenfalls für die zweite Lesung Anträge einreichen.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich möchte vorausschicken, dass ich jetzt in den meisten Punkten meine persönliche Meinung zum Ausdruck bringen werde, weil wir nicht Gelegenheit hatten, das Thema in der Fraktion zu besprechen und abzustimmen. Die Anträge sind ja kurzfristig hereingekommen. Grundsätzlich möchte ich Pascale Uccella sehr zustimmen, einfach aus Verfahrensüberlegungen heraus. Ich störe mich immer wieder daran, dass eigentlich die Kommissionsarbeit gar keinen Wert hat. Das ist jetzt ein wenig überspitzt formuliert. Aber ich habe es schon mehrfach gesagt und sage es jetzt noch einmal: Einerseits ist dann der Einwohnerrat als Plenum überfordert und andererseits sind die Kommissionen überflüssig. Zur Kommissionsarbeit: Diese beeindruckt mich. Toll und souverän fand ich auch die Präsentation vorhin: sachlich, auf den Punkt gebracht. Zu den Anträgen der FDP: Sparen ist gut. Aber wenn man sparen will, muss man noch besser als beim Ausgeben von Geld aufpassen, dass man es auch richtig macht. Das ist einfach so. Wenn man falsch spart, kann man viel kaputt machen. Ich stelle beim Sparen vier Fragen: warum, wo, wie und wozu? Diese Fragen wende ich jetzt auch auf die Anträge der FDP an. Ich habe diese mehrere Anträge gelesen, und zum «Warum?» habe ich die Antwort erhalten: Weil die Vereine für die Hallenbenutzung etwas zahlen sollen. Hm. Zweitens sind nicht die Vereine und auch nicht die Behörden und alle, die von diesem Reglement erfasst sind, die Väter des Finanzproblems von Allschwil. Ihr wisst, wer der Vater des Finanzproblems ist. – Wo sparen? Ich erzähle Ihnen eine kurze Geschichte, die ich gerade aktuell erlebt habe. Ich erhalte immer wieder Schreiben oder Anrufe von Einwohnern, die sich meistens bedanken, aber eben manchmal auch kritisieren. Ein Einwohner hat mir geschrieben, ich solle doch jetzt bitte endlich einmal für das viele Geld, das ich als Politiker verdiene, etwas tun. Das hat mich natürlich gereizt, und ich habe einmal eine Bilanz für das Jahr 2018 gemacht: Ich habe CHF 800 verdient, und dafür habe ich 200 Stunden gearbeitet – worin natürlich nicht nur Sitzungen enthalten sind, sondern auch alle Zusatzarbeiten. Das macht einen Stundenlohn von vier Franken. Der Einwohnerrat daraufhin nichts mehr gesagt. – Dritte Frage: Wie sparen? Die FDP schlägt als objektiven Massstab den Teuerungsausgleich vor. Tönt gut, nicht wahr: objektiv! Ich sage dazu: Das ist gespart mit dem altbekannten Rasenmäher. Und ich sage: Nein, so nicht. – Jetzt noch die vierte Frage: Wozu sparen? Dazu sage ich nur ein Wort: Wahlkampf. Ich bitte die FDP, für die zweite

Lesung wenn möglich, und wenn es sein muss, einen Sparantrag einzureichen, der qualifiziert ist. Und nicht so, wie es der Baselbieter Regierungsrat macht, der vom Gestalten der Zukunft redet, aber das Elend verwaltet.

Christoph Ruckstuhl, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich möchte als Kommissionsmitglied etwas zu den Sparanträgen der FDP sagen. Grundsätzlich zählt für mich von den genannten drei Argumenten nur eines: Inwiefern soll Freiwilligenarbeit entschädigt werden? Da kann man durchaus sagen, die Entschädigung soll tief sein. Enttäuschend ist für mich allerdings, dass man beim Schulrat Primarschule nicht auf die Feststellung der Kommission eingegangen ist, dass dort wesentlich mehr Aufwand entsteht, als bisher entschädigt wurde. Ich bitte daher die FDP, ihren Änderungsantrag so zu ändern, dass der Schulrat Primarschule auf das gleiche Niveau kommt wie die Sozialhilfebehörde, so, wie das die Kommission auch gemacht hat, damit bei diesem Sparantrag die Gerechtigkeit nicht verloren geht.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Auch wir danken der Kommission recht herzlich für die fundierte, sehr gute Arbeit. Es war in der Tat vermutlich eine heisse Kartoffel, die die Kommission hier in die Hand nehmen musste, und sie hat das wirklich toll gemacht. Uns hat auch erstaunt, dass die FDP hinterher mit diesen Anträgen kommt, nachdem man ein halbes Jahr lang 14-täglich eine Sitzung in der Kommission gehabt hatte und dann zu einem Ergebnis ohne Gegenstimme gekommen war. Und jetzt kommt man hinterher mit solchen Anträgen, in denen vom Sparen die Rede ist. Aber auch in der Kommissionsarbeit fallen Sitzungsgelder an, und da wäre es doch gut, man würde solche Anliegen von der Partei in die Kommission hineinbringen und nicht erst hintendrein kommen.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Wie Simon Zimmermann sagte, wir haben zwei Lesungen, und heute geht es darum, erst einmal den Puls zu fühlen. Ich danke der FDP wirklich, dass sie den Kopf hingehalten und ihren Job gemacht hat in der Fraktionssitzung. Sie hat Vorstösse vorgelegt, die heute auseinandergenommen werden. Aber darum geht es ja jetzt nicht. Heute sollten wir einfach einmal eine Auslegeordnung machen, die Anträge entgegennehmen. Diese werden dann in die Fraktionen mitgenommen. Die Kommission wird vermutlich auch nochmals eine Sitzung haben und ein Statement abgeben. Dann können wir fundiert auf die Einzelheiten eingehen. Die Begründung der FDP ist vielleicht angreifbar. Aber die Frage per se, ob man sich die Anpassungen leisten kann und will, ist sicher berechtigt. Jede Fraktion soll sie doch mitnehmen und dann ein Statement dazu abgeben. Wir von der SP-Fraktion haben bisher keine Anträge vorbereitet. Wir haben jedoch gewisse Fragen zum Bericht. Vielleicht ergibt sich danach noch etwas. Ich finde es auch immer schade, wenn über die Kommissionen hergefallen wird. Wir wissen, diese machen wirklich einen guten Job. Aber es ist eben immer so, dass man vielleicht nicht alles reflektieren kann. Aber wenn dann andere Leute, die nicht in dieser Blase drinstecken, das Ganze noch einmal von aussen ansehen, kann es immer wieder vorkommen, dass ihnen neue Gesichtspunkte einfallen. – Ich werde also in der Detailberatung noch gewisse Fragen stellen.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich möchte nur eine Anmerkung anbringen: Die Anträge der FDP sind keine Sparanträge. Gemäss dem Reglement sollen die Entschädigungen erhöht werden. Es ist nicht so, dass sie gekürzt werden sollen und wir eine noch weitere Kürzung verlangen würden. Sondern wir wollen uns einfach nicht mehr herausnehmen. Und ich möchte daran erinnern: Wir sind keine Berufspolitiker, sondern wir machen das ganze freiwillig, weil uns Allschwil am Herzen liegt. Es ist auch nicht fair gegenüber dem Personal in der Verwaltung, wenn wir uns so grosse Erhöhungen zugestehen.

Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion: Ich finde auch, dass es legitim ist, Anträge zu stellen. Aber auch ich habe über diese Anträge gestaunt. Die Begründung der FDP ist bei allen Anträgen identisch. Wir haben fünf A4-Blätter bekommen, wovon jeweils etwa zwei Drittel gleichlautend sind. Auf die differenzierte Argumentation der Kommission wird in keiner Weise eingegangen. Das finde ich einen Affront gegenüber der Kommission, die mit grossem Engagement dieses Reglement überarbeitet hat. Ich kann aber verstehen, dass die Fraktion in Details nicht der gleichen Meinung ist wie ihr Kommissionsmitglied. Ich stelle mir aber die Frage, warum die unmissverständliche Haltung der FDP-Fraktion, bei der es ja nicht um Details geht, nicht in die Kommissionsarbeit eingeflossen ist. Hierzu vermisse ich in der Begründung der FDP eine Aussage. Das grenzt für mich beinahe an Sabotage der Kommissionsarbeit. Ferner ist die Gebührenordnung Sache des Gemeinderats. Ich verstehe nicht, was sie in dieser Begründung verloren hat. Da kommt auch mir nur ein Wort in den Sinn: Wahlkampf. Freiwilligenarbeit muss in der Freizeit erledigt werden können. Mindestens beim Gemeindepräsidium kann man nicht mehr von Freiwilligenarbeit reden, auch wenn kein Anstellungsverhältnis mit der Gemeinde besteht. Von vielen weiteren Mandatsträgern weiss ich, dass sie ihr Mandat nicht allein in der Freizeit ausüben können, sondern sie reduzieren ihre Berufsarbeit, um ihr Mandat auch noch erledigen zu können. Somit sind die Entschädigungen in vielen Fällen auch ein Ersatz für Lohnausfall. Die Löhne sind seit 1977 – das ist das, was ich gefunden habe – um das Zweieinhalbfache angestiegen. Angenommen, eine Firma suche ein qualifiziertes Mitglied für ihren Verwaltungsrat: Würde sie dieser

Person eine Entschädigung, die auf dem Niveau von 1977 basiert, anbieten? Sicher nicht. Sie würde eine zeitgemässe Entschädigung anbieten. Dass die Ausübung politischer Mandate ständig an Attraktivität verliert, ist eine Tatsache. Für die Parteien wird es immer schwieriger, überhaupt Personal zu finden, um eine Einwohnerratsliste zu füllen. Es ist an der Zeit, die Entschädigungen zeitgemäss zu gestalten, um in Zukunft wieder mehr Leute dazu bewegen zu können, sich für politische Mandate zu bewerben und entsprechend Freizeit aufzuwenden, um ihr Mandat ordentlich ausüben zu können. Ich finde es bemühend gegenüber den Ratsmitgliedern, dass wir uns mit solchen dilettantischen Anträgen, respektive Begründungen befassen müssen und damit unserer Freizeit beraubt werden. Wenn das die Qualität ist, die wir erwarten können im Kontext von Freiwilligenarbeit von politischen Mandaten und den heutigen Entschädigungen, dann zielt das überarbeitete Reglement genau in die richtige Richtung. Wenn keine substantiell bessere und differenziertere Begründung zu diesen einzelnen Anträgen folgt, empfehle ich der Kommission, nicht auf diese einzugehen und sie zur Ablehnung zu empfehlen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Als Methusalem des Einwohnerrates möchte ich ganz gern ein paar Sachen zum vorliegenden Geschäft sagen. Zuerst auch von mir ein ganz grosser Dank. Es war eine ganz grossartige Arbeit in der Kommission. Unter einer ganz tollen Leitung. Wir hatten einen einstimmigen Beschluss für das Geschäft – allerdings im Herbst, vor den Budgetanträgen. Jede Fraktion wurde angefragt, wie dort die Stimmung sei, und alle sagten: Wow, wir tragen es mit. Vor den Budgetanträgen. Das Geschäft ist ein sehr altes Anliegen. Es ist mittlerweile volljährig. Anno 2000 und 2001/02/03 haben wir unter der Leitung von Ruth Greiner, Leo Zehnder und Max Kamber sowie Ivo Corvini und Sam Champion bereits ganz viel an der Basis dieses Geschäfts gearbeitet. Die VOR wurde neu gemacht, die Hausordnung des Einwohnerrates wurde neu gemacht, diverse Unterlagen der Gemeinde – Allwo etc. – wurden aufgebaut. In der Zwischenzeit hat man zum Beispiel die Sozialhilfe und Vormundschaft damals noch neu eingeschätzt und angehoben, weil es ein riesengrosser Aufwand war. Man hat die Gemeinderatsentschädigung angehoben, sodass sie auch versicherungsfähig war, weil die Leute vorher gar keine AHV darauf hatten. Man hat dann auch 2005 oder 2004 diese CHF 75 für den Einwohnerrat eingeführt. Dazu könnte ich auch noch ein paar Anekdoten erzählen. Er wurde viel geleistet in jener Zeit. Das Kind ist jetzt volljährig, 18 Jahre alt. Es kann wählen und es darf gewählt werden. Meinen Dank muss ich noch meinem Gegenüber sagen, in der Mitte-Gruppe dort drüben, dass er all die Vorschläge der Kommission, die nicht unter der Volkswahl stehen, also alle Anträge in Sachen Sicherheit, nicht angelangt hat. Chapeau! Ich muss trotzdem ein paar Sachen sagen zu euren Anträgen. Allschwil ist gewachsen. Wir haben immer gute Steuerzahler. Einwohnerinnen und Einwohner bringen auch Arbeit. Ich schicke voraus, ich bin hier drin wahrscheinlich derjenige, der am längsten in Allschwil in die Schule gegangen ist. Wenn jemand daran zweifelt, hätte ich von ihm gern einen Kaffee nachher. Ich habe Anfang 1970er Jahre angefangen unter dem Rektorat Roland Hilfiger – einige von euch kennen ihn vielleicht noch. Man hat dort einen Lehrerkonvent gemacht, in dem Schulzimmer, in welchem ich im Bettenacker-Schulhaus unterrichtete. Alle Lehrerinnen und alle Lehrer, Primarschule und Realschule, hatten in diesem Zimmer Platz. So gross war damals die Schule. Heute haben wir die grösste Schule – ausser Basel-Stadt. Analog ist dann noch Riehen. Sie haben gleich viele Schüler, aber mehr Personal, sprich Erwachsene in der Schule. Sie haben dort mehr Integration. Wir haben also jetzt die grösste Schule im Kanton, im Gegensatz zu damals, als wir dieses Reglement gemacht hatten anno 1972. Wir haben 1'500 Schülerinnen und Schüler. 63 Klassen. 22 Kindergärten. 220 Erwachsene, die an der Schule arbeiten, vom Sozialpädagogen bis zur Grundschulmusiklehrerin. In den letzten Jahren, das wurde gesagt, in den letzten sechs Jahren, ist die Schule um einen Drittel grösser geworden. Wir haben jetzt ein sechstes Schuljahr darin, das sind 8 Klassen in der Horizontalen. In der Vertikalen haben wir in jedem Schuljahr zwei Klassen mehr, sprich 21 Klassen, die die Schulleitung organisieren muss. Und der Schulrat muss dafür schauen, dass es läuft. Mit anderen Worten: Seit Urs, der das Papier unterschrieben hat, in die Schule gegangen ist, ist die Schule um mehr als einen Drittel grösser geworden. Halleluja. Und als ich Schulhausvorsteher im Bettenacker war, wurde ein Rekurs von Eltern mit einem Zehnzeiler erledigt. Marc Arnold und Erich Braun werden es sicher bestätigen. Heute kommt ein Rekurs via Anwalt herein. Die Schulleitung muss in mehreren Stunden eine rechtskonforme Antwort geben. Und es ist nicht nur ein Rekurs. Ich kann nicht mehr als sagen: Unsere Schulleitung tut mir leid. Oder ein Schulrat. Es häuft sich. Und so eine Antwort macht man nicht während einer Sitzung, die macht man daheim oder im Büro. Über Stunden. Die Belastung eines Schulrats und einer Schulleitung ist enorm geworden. Kein Wunder, haben wir in den letzten acht Jahren acht Wechsel in der Schulleitung gehabt. Wir müssen dem ganz klar ins Auge sehen – und nicht sagen: Es wird halt aufgerundet, dass die Franken stimmen. Urs, so geht es nicht. Die Schulleitung hat zunehmende Aufgaben. Sie wird immer grösser und breiter, intensiver. Die Zeitgefässe werden gefordert von den Menschen, die dort mitarbeiten. Und vor allem: Sie werden öffentlicher. Ein Rekurs bleibt nicht daheim in der Familie. Der geht im Bekanntenkreis herum, in der Klasse herum, in der Nachbarschaft. Die Leute vom Schulrat und der Schulleitung sind ausgestellt. Das kurz dazu.

Ich möchte noch ganz kurz etwas sagen: Es ist nicht so, dass ich dem Gemeinderat immer flattiere, aber ich muss zu dem Thema auch noch etwas sagen. Ich habe im Papier der FDP gelesen – fünfmal das

Gleiche, ich habe es nur einmal gelesen – man weise darauf hin, dass man 1 % Lohnkürzung für das Personal unterstützt habe. Und dann steht da noch etwas von einem «Signal». Ein falsches Signal, hallo vis-à-vis! Ihr habt Menschen, die im Auftrag von uns als Einwohnerrat und als Gemeinderat Arbeiten ausführen, vor den Kopf gestossen. Ich hätte es an eurer Stelle nicht erwähnt. Es ist ein Schämer, was ihr mit dem Personal gemacht habt. Ich sagte vorhin «vor der Budgetsitzung». In dieser hattet ihr einen Antrag gestellt auf 2 % Steuersenkung. Alle wissen dort drüben auch – die FIREKO ist auch vertreten dort drüben – 2 % Steuersenkung gehen an das Budget, über das unser Gemeinderat verfügen kann. Und wir können damit etwas bewirken im Sozialen, Kulturellen, in der Bildung und der Umwelt. Ja selbst sogar zum Beispiel, wenn wir einen Strassenübergang machen müssen, weil der Kanton streikt, heisst es: Wir haben kein Geld. Wir können den Übergang an der Fabrikstrasse selber gestalten, kindergerecht, fussgängergerecht. Mit dieser Steuersenkung wäre es nicht gegangen.

Die Gemeinde will wachsen. Es geht nicht, wie ihr geschrieben habt, um eine Konkurrenz zu anderen Gemeinden. Wir hier drin haben alle miteinander beschlossen, es gibt im Bachgraben 6'000 Arbeitsplätze in den nächsten paar Jahren. Es kommen noch 4'000 Einwohner dazu. Gar keine Frage. Wir haben keinen Grössenwahn und keine Konkurrenz miteinander. Wir sind die grösste Gemeinde. Wir sind am Ende die Gemeinde mit den meisten Arbeitsplätzen und jetzt schon mit den meisten Einwohnern. Das gibt auch mehr Arbeit für den Gemeinderat. Mehr Verantwortlichkeit. Mehr Aufgaben. Mehr Präsenz. Mehr Zeitaufwand. Und vor allen Dingen ist der Gemeinderat ausgestellt. Wenn irgendetwas nicht läuft in der Gemeinde, ist es der Gemeinderat. Nur der Gemeinderat. Sicher nicht ich. Wenn es gut läuft, habe ich den Tipp dem Gemeinderat gegeben. Der Zeitaufwand, den ein Gemeinderat bringen muss, ist sehr oft auch eine Reduktion der Arbeitszeit, die eine Lohnarbeit ist. Sie müssen diese Lohnarbeit aber fortführen, denn irgendwann kann es ja sein, dass sie nicht mehr da vorne sitzen. Es muss beides parallel laufen. Manchmal müssen sie auch Freizeit oder Ferientage drangeben, wenn irgendeine Tagung ist, bei der sie anwesend sein müssen. Der Gemeinderat hat sehr viel zu tun. Er kann der Öffentlichkeit einmal ein Lächeln präsentieren. Ja, er kann sich mit anderen Verwaltungen treffen. Er muss gespannt abwarten, was wir ihm für Arbeiten übergeben. Ich habe mir erlaubt, mich ganz kurz gescheit zu machen darüber, was der Gemeinderat eigentlich so alles macht, ausser zuzuhören, was wir tun, und abzuwarten, was passiert. Es gibt ein Papier, das ich mir unter die Nägel gerissen habe: «Gemeinderat, Delegationen und Vertretungen in Institutionen, Stiftungen, Organisationen, Behörden, Kommissionen und weiteren Gremien und Arbeitsgruppen». Es hat darauf 25 Gremien, in die der Gemeinderat Delegierte entsendet, was sie – nebst dem, was sie für uns sichtbar tun – auch noch tun müssen. Zum Beispiel Stiftung Alterszentrum am Bachgraben, Regio TriRhenia, Schutzverband Flughafen, Trinationaler Eurodistrict, Plattform Leimental, KESB Leimental, Gemeindeverband Flugverkehr, Spitex Betriebsverein ABS, Schulrat, Bauausschuss ...

Markus Gruber, Präsident: Herr Winter, das kann man nachlesen ... ich wäre froh, wenn Sie langsam zum Ende kämen.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: ... aber es wissen das vielleicht nicht alle. Der Gemeinderat ist gefordert. Ein Arbeitsaufwand, der immer grösser wird. Jede Fraktion – fast jede – hat einen Vertreter oder eine Vertreterin da vorne. Hört einmal zu, was die alles machen müssen. Ich denke, die Kommission hat da richtig entschieden, hier eine Anerkennung zu geben. Und vor allem das ganze Prozedere des Gemeinderats zu vereinfachen mit den Tantiemen.

Ich würde gern noch ganz viel andere Sachen sagen, zum Einwohnerrat, zur Teuerung, da gäbe es noch einiges. Aber ich glaube, der Fall ist klar. Die Kommission hat einstimmig bestimmt. Kein Echo kam zurück in die Kommission von Ihrer Fraktion, dass man Bedenken habe. Wir haben es alle zusammen gehört. Nochmals mein Dank an meine Kolleginnen und Kollegen von der Kommission. Und ich hoffe, dass sich die FDP Gedanken macht zu ihren Anträgen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich mache es kürzer. Wenn man die Teuerung nimmt, wie ja auch geschrieben wurde in den Anträgen der FDP, und sie bereinigt seit anno 1972, dann wäre heute das Einwohnerrates-Sitzungsgeld CHF 187.50. Also rechnet doch bitte ehrlich, dann kommen wir nämlich noch höher als das, was die Kommission vorgeschlagen hat. Also operiert bitte nicht mit Argumenten, die nicht ganz sauber sind. Wenn man teuerungsbereinigt auf 1972 bezogen rechnet, dann ist die Einwohnerratssitzung heute Abend CHF 187.50 wert.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Vielen Dank für die Diskussion. Man sieht, wir haben ein heisses Eisen angefasst. Ja, es ist ein kontroverses Thema, und es ist jetzt diese Diskussion daraus entstanden. Ich will es auch gar nicht mehr in die Länge ziehen. Wir nehmen sicher diese Inputs in unsere Fraktionssitzung hinein, um nochmals über unsere Anträge zu debattieren und zu schauen, was wir für allfällige Änderungen vornehmen werden. Ich möchte nur noch auf einen Punkt eingehen, der mich ein wenig

irritiert hat, nämlich der, dass, wenn die Entschädigungen höher wären, auch mehr Leute in die Politik gehen würden. Also halleluja, ich hoffe nicht, dass die Entlöhnung ein Grund ist, weswegen neue Leute in die Politik ziehen, sondern ich hoffe schwer, dass Leute in die Politik kommen, die Interesse daran haben und es nicht nur wegen des finanziellen Anreizes tun.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich habe zwei Punkte, die ich kurz erwähnen möchte, muss dann eine Frage, die ich dem Präsidenten der KSFVZ stellen möchte. Zuerst zu Ueli Keller; ich frage ihn, ob bei den 200 Stunden, die er erwähnte, schon die 100 Stunden abgezogen hat, die er braucht, um Leserbriefe und Kommentare in der bz zu schreiben. Das Zweite betrifft die Kommissionsarbeit, wobei ich nicht vorgreifen und dies als Präjudiz dafür nehmen möchte, wie ich mich nachher entscheide. Aber gewisse Äusserungen, die vorhin gefallen sind, stören mich doch, und etwas möchte ich ganz klar betonen: Der Wert einer Kommissionsarbeit zeichnet sich nicht durch ein finanzielles Entgelt aus, sondern durch die Unterstützung und Akzeptanz ihrer Berichte und Anträge im Einwohnerrat. Es ist mir ganz wichtig, dass wir das festhalten, und ich möchte das nicht herunterbrechen auf finanzielle Unterstützung, wie wir es jetzt die ganze Zeit getan haben. Dann möchte ich den Präsidenten der KSFVZ etwas fragen. Andreas, du weisst, ich schätze deine Arbeit sehr. Ich habe aber jetzt vorgreifend schon eine Frage zu den Berechnungsgrundlagen für das Pensum des Gemeinderats. Soweit ich sehe, hat man für die Erfassung der Stunden des Gemeinderats die Jahre 2015 bis 2017 herangezogen. Genau in dieser Erfassungsperiode lief das Projekt EVA, und wie wir wissen, hat dieses Projekt auch für den Gemeinderat einen Mehraufwand bedeutet. Gleichzeitig war ja ein Ziel des Projekts EVA, dass die Arbeit des Gemeinderats mehr in Richtung strategisch statt operativ geht. Daher stellt sich mir die Frage, ob dort nicht eine Diskrepanz besteht bei der Auswertung der Stunden, wenn man genau das Spektrum nimmt, in welchem ein Mehraufwand gegeben war. Und da würde ich interessehalber gerne wissen, wie sich das zusammensetzt und ob sich da nicht eine Verfälschung der Berechnungsgrundlage ergibt.

Andreas Widmer, Präsident KSFVZ: Wir bekamen das Projekt in die Kommission überwiesen im November 2017. An einer ersten Sitzung haben wir uns entschlossen, die Umfrage zu machen und haben sie dann auch zeitnah durchgeführt, sodass wir dann, wie gesagt, die Zahlen der Jahre 2015, 2016 und 2017 hatten. Es mag durchaus möglich sein, dass für das Projekt EVA mehr Zeit aufgewendet wurde. Ob das in allen drei Jahren der Fall war, wissen wir nicht. Wir haben den Durchschnitt dieser drei Jahre genommen. Dass es weniger operative Arbeit geben sollte, war ein Ziel des Projekts EVA, aber auch strategisch werden die Ansprüche an den Gemeinderat auch in Zukunft sicher nicht weniger werden. Er wird sich sehr gut in die vorhandenen Dossiers einlesen müssen. Seine Arbeit wird weniger im operativen und mehr im strategischen Bereich liegen.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Können wir bitte mit der Detailberatung anfangen. Gerade das wäre eine Frage für die Detailberatung gewesen, zu Ziff. 3.3 des Berichts.

Markus Gruber, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Detailberatung. Ich frage den Rat an, ob er zusätzlich eine artikel- oder abschnittsweise Beratung des Berichts wünscht. Das Reglement wird sowieso artikelweise beraten.

://:

Der Rat stimmt grossmehrheitlich für abschnittsweise Beratung des Kommissionsberichts.

Detailberatung

Christian Kellermann, 2. Vizepräsident, ruft die einzelnen Abschnitte auf.

1. Ausgangslage, S. 2

keine Wortmeldung

2. Vorgehen, S. 2

Etienne Winter, SP-Fraktion: Auf S. 3, 2. Absatz wird gesagt, die Kommission habe sich in ihrer ersten Sitzung die Frage gestellt, ob am grundsätzlichen Procedere von Pauschalbeträgen und Sitzungsgeldern festgehalten werden soll oder ob man eher dazu neigt, höhere Pauschalbeträge auszuzahlen und dafür gewisse Sitzungsgelder einzuschliessen. Aus dem Bericht ist nicht ersichtlich, wie die Antwort auf diese Frage ausgefallen ist. Im darauf folgenden Absatz heisst es: «Ein – für uns wichtiger – Punkt ist auch, wie

gross der Anteil Freiwilligenarbeit bei der politischen Arbeit gewichtet werden soll.» Auch hier würde mich das Ergebnis interessieren. Das ist ja eine elementare Diskussionsgrundlage.

Andreas Widmer, Präsident KSFVZ: Bei der erstgenannten Frage kamen wir zum Ergebnis, dass wir das bisherige Procedere mit Sitzungsgeldern weiterführen möchten. Darum sind sie schlussendlich auch weiterhin im Reglementsentwurf vorgesehen. Die Idee dahinter ist, auch für mich persönlich, dass die Ratsitzungen immer an einem feststehenden Datum zu einer festen Zeit stattfinden. Man ist zu diesen Zeiten nicht frei, anderweitige Termine abzumachen. So ist es möglich, diese Zeiten separat abzurechnen. Was den Anteil der Freiwilligenarbeit angeht, so haben wir diesen in der Kommission nicht prozentual beziffert. Es ist nach Meinung der Kommission einfach wichtig, sich bewusst zu sein, dass politische Arbeit Freiwilligenarbeit beinhaltet, sodass sie nicht 1:1 so entschädigt werden kann, wie dies im Erwerbsleben der Fall wäre. Das war die Grundhaltung.

Christoph Ruckstuhl, Mitglied KSFVZ: Als Kommissionsmitglied möchte ich dazu noch sagen: Wir schauen die Entschädigungshöhe an, die sonst gezahlt werden. Sie liegen in der Grössenordnung von CHF 50 bis 60. Mit unserem Vorschlag von CHF 40 haben wir uns also tiefer orientiert. Des Weiteren haben wir festgestellt, dass bei Kommissionssitzungen nur die effektive Präsenz bezahlt wird. Aktenstudium und Vorbereitung von Kommissionssitzungen werden also nicht bezahlt. Bei anderen Gremien wird zum Teil noch die Vorbereitung bezahlt. Bei den Kommissionen wird lediglich das Präsidium und die Protokollführung doppelt bezahlt. Im Übrigen gibt es keine weiteren Entschädigungen für die Kommissionsarbeit.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Das überrascht mich jetzt. Mir scheint, wir haben da keine Einigkeit bei unseren Kommissionen und darüber, was entschädigt wird und was nicht. Ich möchte das Büro bitten, einmal alle Kommissionspräsidien zusammenzurufen und das anzuschauen. Nach meinem Wissen wird teilweise Vorbereitungsarbeit bezahlt, bei anderen Kommissionen nicht. Ich glaube, hier gibt es erhebliche Differenzen, die man einmal anschauen sollte.

3. Erwägungen, S. 3

keine Wortmeldung

3.1 §§ 1 Geltungsbereich, 2 Begriff, 3 Allgemeine Pflichten, S. 4

keine Wortmeldung

3.2 § 4 Entschädigung Einwohnerrat, alt § 2, Einwohnerrat, S. 4

keine Wortmeldung

3.3 § 5 Entschädigung Gemeinderat, alt § 1 Abs. 1, Gemeinderat (pro Jahr), S. 5

keine Wortmeldung

3.4 § 6 Entschädigung Präsidien übriger Behörden, alt § 1 Abs. 2, Schulräte (pro Jahr), S. 6

Etienne Winter, SP-Fraktion: Aus der Tabelle für die Präsidien der Schulräte Primarstufe ist ersichtlich, dass die Vergleichsgemeinden zum Teil erheblich höher liegen. Ich finde im Text aber keine Begründung dazu. In Reinach beträgt die Entschädigung CHF 26'460. Die für Allschwil vorgeschlagene Verdoppelung auf CHF 15'000 würde sich anders ausnehmen, wenn Reinach in dieser Tabelle nicht enthalten wäre. Was ist dort anders?

Andreas Widmer, Präsident KSFVZ: Wir haben ebenfalls zur Kenntnis genommen, dass Reinach mit CHF 26'480 relativ hoch liegt im Vergleich zu den weiteren Vergleichsgemeinden. Wir wollten nicht auf diesen hohen Betrag hinaufgehen, weil wir mit unseren Ressourcen haushälterisch umgehen möchten. Dennoch war es für uns wichtig, eine Anpassung zu machen. Es kam dann fast zu einer Verdoppelung. Für weitere Ausführungen zu diesem Thema darf ich vielleicht Pascale Uccella das Wort geben.

Pascale Uccella, Präsidentin Schulrat Primarstufe: Es ist so, dass Reinach einen ganz anderen Schulrat hat als wir in Allschwil. Der Schulrat in Reinach ist zuständig für Primarstufe und Oberstufe.

3.5 Vormundschaftsbehörde (pro Jahr), als § 1 Abs. 3, S. 7

Keine Wortmeldung

3.6 § 6 Entschädigung Präsidien übriger Behörden, alt § 1 Abs. 4, Sozialhilfebehörde (pro Jahr), S. 7

keine Wortmeldung

3.7 § 7 Entschädigung Feuerwehr, als § 1 Abs. 5, Feuerwehr, S. 7

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Wie Ihr alle wisst, bin ich nebenbei noch in der Feuerwehr. Aus der diesbezüglichen Sachkenntnis heraus habe ich einen Änderungsantrag gestellt bezüglich der Entschädigung für Wochenendpikett. Ich möchte mich dazu kurz äussern. Das meiste ist in der schriftlichen Begründung ausgeführt und sollte jedem nachvollziehbar sein; abgestimmt wird nächstes Mal. Ich habe hier aber noch ein paar Vergleichszahlen dazu, was rundum gezahlt wird. Ich musste alle Beträge herunterbrechen auf 24 Stunden, weil das Wochenendpikett nicht überall gleich gehandhabt wird. Ich habe praktisch jede Feuerwehr angeschrieben, aber leider nicht von allen eine Antwort bekommen. Diejenigen, die ich habe, kann ich vorlesen. Münchenstein: CHF 213.00 pro 24 h; Muttenz CHF 271, das ist der Spitzenreiter; Liestal CHF 250.00. Oberwil liegt derzeit bei CHF 75 wie wir, es wird dort aber eine Anpassung geben, wie man mir geschrieben hat. Sodann gibt es noch Gemeinden, die gar kein Wochenendpikett kennen. Mündliche Auskünfte, die ich ferner noch erhalten habe, bewegen sich zwischen CHF 150 und 230. Wir sind die grösste Gemeinde und ich habe den Vorstoss auch im Hinblick darauf gemacht habe, dass am Ende vielleicht alle gleich profitieren könnten. Die Entschädigung soll gradunabhängig sein, das ist wesentlich an dem Ganzen, es sollen alle gleich behandelt werden.

Ich habe in den letzten sieben Jahren keinen Pikettdienst gemacht und werde es auch in nächster Zeit nicht tun, weil es aus familiären Gründen nicht geht. Ich arbeite hier also nicht in meine Tasche hinein, einfach damit das noch gesagt ist. Ich wäre auch froh, wenn wir diesbezüglich die Unterstützung von Gemeinderat Philippe Hofmann hätten, nachdem er ja an der letzten Hauptübung meinen Kameraden den Speck um den Mund herum gewickelt hat, in dem er sagte, er stehe in allen Belangen für die Feuerwehr gerade und ein. Meine Feuerwehrkameraden nehmen dich da natürlich beim Wort.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich möchte andocken an das, was Simon sagte. Bis jetzt hatten wir Referenzwerte aus anderen Gemeinden, ab jetzt haben wir sie nicht mehr. Das heisst, man muss sich die Zahlen selbst zusammensuchen. Aber es wäre doch auch hier von Interesse, wie die Vergleichswerte aussehen. Dann kam mir noch in den Sinn: Wir hatten ja Ende 2016 ein neues Feuerwehrreglement gemacht und in diesem Zusammenhang eine Debatte darüber geführt, ob die Ersatzabgabe angepasst werden soll oder nicht. Ich meine, dort wäre die gleiche Kommissionen tätig gewesen. Bisher war die Feuerwehr in den Rechnungen immer ungefähr selbsttragend. Was würde da künftig auf uns zukommen?

Andreas Widmer, Präsident KSFVZ: Bei den Entschädigungen für das Wochenendpikett pro 24 Stunden sind wir davon ausgegangen, dass rund CHF 3.50 bezahlt werden sollen. Der Wert im Kanton liegt um CHF 2.00, Basel-Stadt zahlt CHF 2.90. Dabei geht es um das reine Pikett. Sobald es zu einem Einsatz kommt, werden die entsprechenden Vergütungen ausgelöst. Aber wir sind bei weitem nicht so hoch, wie andere Gemeinden das handhaben. Noch ein Aspekt zum Änderungsantrag von Simon. Er erwähnt dort die Verpflichtung zum Verzicht auf Alkohol und Drogen. Ich meine, Drogen seien so oder so nicht erlaubt [*Heiterkeit*]. Zur Anmerkung von Etienne: Es ist richtig, dass wir nicht alle anderen Feuerwehren abgefragt haben. Wir hatten diverse Hearings mit dem Kommandanten. Ziel war es, dass die Pauschalregelungen transparenter werden. Über die Regelung der Ersatzabgabe kann ich keine Aussage machen. Es ist natürlich klar, dass mit den neuen Entschädigungen die Ausgaben bei der Feuerwehr um ca. 15 % steigen werden.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Nur schnell zur Präzisierung: Die Dinge, die ich hier aufgelistet habe, habe ich 1:1 dem Offiziershandbuch entnommen. Ich selbst bin nicht Offizier; jemand hat mir das zur Verfügung gestellt. Ich dachte eben, wenn ich mich auf etwas beziehe, dann beziehe ich mich auf die offiziellen Angaben.

Florian Spiegel, 1. Vizepräsident: Ich frage höflichkeitshalber an, ob Gemeinderat Philippe Hofmann auch noch das Wort möchte. – Das ist nicht der Fall.

3.8 § 8 Entschädigung Zivilschutz, alt § 1 Abs. 6, Zivilschutz (pro Jahr), S. 8

keine Wortmeldung

3.9 § 9 Regionaler Führungsstab, RFS (pro Jahr), war bisher im Reglement nicht abgebildet, S.9

keine Wortmeldung

3.10 § 10, Übrige Sitzungsgelder, alt § 3, S. 10

keine Wortmeldung

3.11 § 11 Ausserordentliche Inanspruchnahme, alt § 4, S. 10

keine Wortmeldung

3.12 §§ 12 Weitere Entschädigungen, 13 Teuerungszulage, 14 Aufhebung bisheriger Bestimmungen und 15 Inkrafttreten, S. 10

keine Wortmeldung

4. Auswirkungen, S. 11

keine Wortmeldung

5. Antrag, S. 12

keine Wortmeldung

Markus Gruber, Präsident: Somit ist die abschnittsweise Beratung des Berichts abgeschlossen, die etwas detaillierter ausgefallen ist als normal üblich. Wir kommen jetzt zur abschnittswisen Beratung des Reglements. Sie haben also nochmals die Chance etwas zu sagen, da es sich inhaltlich teilweise überlappt.

Christian Kellermann, 2. Vizepräsident, ruft die einzelnen Paragraphen auf.

§ 1 Geltungsbereich, S. 3

keine Wortmeldung

§ 2 Begriffe, S. 3

keine Wortmeldung

§ 3 Allgemeine Pflichten, S. 3

keine Wortmeldung

§ 4 Entschädigung Einwohnerrat, S. 3

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich gehe noch kurz auf die Frage ein, die Florian Spiegel mir persönlich gestellt hat. Aber einpacken möchte ich meine Antwort in eine Grundsatz-Wortbezeichnung. Ich glaube, beim Wort Einwohnerrat und auch bei anderen kann man nicht von «Lohn» reden. Von dem, was man hier verdient, kann man nicht leben. «Entschädigung» ist ein gutes Wort. Präziser noch ist «Sitzungsgeld». Bei den CHF 800, die ich genannt hatte für das Jahr 2018, handelt es sich einfach um das, was auf dem Ausweis stand. Und bei den 200 Stunden ist anteilmässig ein relativ hoher Aufwand enthalten, den es brauchte, um beim Flugverkehr durchzublicken. Das ist bei mir wirklich ein relativ hoher Aufwand. Denn das ist eigentlich mein Pflichtthema. Mein Kür-Thema ist Bildung und Stadtentwicklung. Dort muss ich nicht so viel lernen. Aber beim Flugverkehr habe ich einen relativ hohen Aufwand. Aber die 200 Stunden sind selbstverständlich gerechnet ohne Leserbriefarbeit, auch nicht für solche Leserbriefe, in denen ich die SVP auf die Schippe nehme.

§ 5 Entschädigung Gemeinderat, S. 3

keine Wortmeldung

§ 6 Entschädigung Präsidien übriger Behörden, S. 3

keine Wortmeldung

§ 7 Entschädigung Feuerwehr, S. 4

keine Wortmeldung

§ 8 Entschädigung Zivilschutz, S. 4

keine Wortmeldung

§ 9 Regionaler Führungsstab, S. 4

keine Wortmeldung

§ 10 Übrige Sitzungsgelder, S. 4

keine Wortmeldung

§ 11 Ausserordentliche Inanspruchnahme, S. 5

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Hier habe ich eine Nachfrage. In § 5 Abs. 5 heisst es: «Die Mitglieder des Gemeinderates können keine ausserordentliche Inanspruchnahme gemäss § 11 geltend machen.» Und in § 11 heisst es in Abs. 3 «Der Gemeinderat legt fest, was als ausserordentliche Inanspruchnahme gilt.» Meine Frage: Beisst sich das nicht?

Andreas Widmer, Präsident KSFVZ: Nein, ich denke, dass beisst sich grundsätzlich nicht. Der Gemeinderat kann sich selbst ja keine ausserordentliche Inanspruchnahme zubilligen. In Art. 2 der Verordnung wird bestimmt, was eine ausserordentliche Inanspruchnahme ist, also das, woran sich Kommissionen auch halten sollten: Subkommissionen mit mindestens zwei Mitgliedern, Verfassen von Kommissions- und Subkommissionsberichten, Arbeiten im Auftrag der Behörde oder Kommission gemäss Protokollbeschluss, die Teilnahme an Konferenzen, Tagungen, Workshops, Seminaren o.ä. sowie die Besichtigung von Heimen, Firmen, Institutionen u. ä., sofern sie von der Behörde oder Kommission beschlossen wurden, die Mitarbeit in Arbeits- und Projektgruppen, sofern sie von der Behörde oder Kommission beschlossen wurde. Ich finde es gut, dass der Gemeinderat dies so aufgelistet hat. Damit ist geklärt, was entschädigt wird und was nicht.

§ 12 Weitere Entschädigungen, S. 5

keine Wortmeldung

§ 13 Teuerungszulage, S. 5

keine Wortmeldung

§ 14 Aufhebung bisheriger Bestimmungen, S. 5

keine Wortmeldung

§ 15 Inkrafttreten, S. 5

keine Wortmeldung

Markus Gruber, Präsident: Ich stelle fest, dass die erste Lesung abgeschlossen ist. Die Abstimmung über die Anträge der Kommission und die Gegenanträge erfolgen in der zweiten Lesung in der Februarsitzung. – Wir machen jetzt 20 Minuten Pause bis 19:40 Uhr.

PAUSE

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATS

Markus Gruber, Präsident: Ich frage den Gemeinderat an, ob es Informationen gibt. – Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur Fragestunde.

FRAGESTUNDE

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Am 15. Oktober 2018 wurde von der IG Verein eine Petition eingereicht im Zusammenhang mit der Gebührenthematik. Darin wird gefordert, dass für Allschwiler Vereine keine Gebühr für die Benutzung von öffentlichen Gebäuden und Anlagen erhoben werden soll. Bis anhin hat es dazu noch keine Reaktionen vom Gemeinderat gegeben. Darum möchte ich hiermit anfragen, welches der aktuelle Bearbeitungsstand in dieser Sache ist, und ob es darauf erste Reaktionsmassnahmen des Gemeinderats gibt. Des Weiteren frage ich, wieso bis anhin keine Rückmeldung an die Initianten der Petition erfolgt ist.

Robert Vogt, Gemeinderat: Mit dieser Petition, die doch mit 2150 Unterschriften eingereicht wurde, hat der Gemeinderat eine grosse Aufgabe gefasst. Weil diese Aufgabe jetzt doch etwas umfassender ist, als dies im Oktober zunächst den Anschein hatte, hat der Gemeinderat entschieden, für heute folgende Sofortmassnahme aufzuzeigen: Wir haben uns dazu entschieden, dass wir im 2019 mit der Benutzungsverordnung auf Gebühren für Allschwiler Vereine, die saisonal mieten, verzichten möchten. Damit ermöglichen wir es, die Türe zu öffnen, um mit den Vereinen ins Gespräch zu treten im Sinne einer Lösung, die die Allschwiler Vereine unterstützt. Wir möchten auch das soziale Engagement schätzen und zeigen. Und um in dieses Gespräch einzutreten, möchten wir ein Signal setzen. Darum ist dies einmal eine erste Massnahme, und wir sind froh, jetzt in 2019 diesen Kontakt zu suchen. Wir werden also auf die Betroffenen zugehen, entsprechend werden wir dem Einwohnerrat erst später berichten können, wie sich die Dinge entwickeln.

Florian Spiegel, 1. Vizepräsident: Herr Pozivil, ist Ihre Frage damit beantwortet?

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Merci vielmals für die Auskunft, ja, meine Frage ist beantwortet, und ich freue mich natürlich über diese Antwort.

Jérôme Mollat, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Was unsere Fraktion vor einem Monat aufgezeigt hat, nämlich dass die Kapazitätsgrenze des Flughafens erreicht ist und dass Ausbaupläne anstehen, ist ja jetzt

eingetreten. Wir haben ja gelesen, dass der Flughafen eine Viertelmilliarde investieren möchte und dass das Passagiervolumen um 60 % steigen wird. Frage an den Gemeinderat: Hat er das auf dem Radar und wie gedenkt er sich hier einzubringen punkto Fluglärm?

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Für vielen Dank für die Frage, damit haben wir das Thema heute auch wieder. Ein running Gag. Selbstverständlich haben wir es auf dem Radar, das ist ganz klar. Wir stehen auch in Kontakt mit dem Flughafen direkt und mit den Verwaltungsräten aus dem Kanton Baselland, die wir als Ansprechpartner gebrauchen können. Wir werden das selbstverständlich auch in unsere eigene Handlungsstrategie einbeziehen, was man dagegen tun kann und was im Rahmen unserer Möglichkeiten steht, um mit dem Flughafen im Dialog zu bleiben, damit wir erreichen können, dass dies nicht zu negativen Auswirkungen für Allschwil kommt. Das ist sicher die Strategie und Absicht, die wir fahren werden.

Jérôme Mollat, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Dankeschön. Aber ich glaube nicht, dass die Bevölkerung den Fluglärm als running Gag empfindet.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Das war meine persönliche Aussage. Ich empfinde es als running Gag hier drin; aber das war ironisch gemeint. Selbstverständlich gehe ich die Sache ernst an. Wenn das bis jetzt nicht angekommen ist, weiss ich auch nicht, was wir noch tun müssen. Aber ich hoffe sehr, dass man ab und zu zwischen den Zeilen einen Witz machen und auch bei ernstesten Angelegenheiten umso mehr den Humor behalten darf.

Jérôme Mollat, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Dem kann ich beipflichten.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Ich habe eine Frage zur Gemeinde-App. Diese wurde ja letztes Jahr nach längerem Hin und her beschlossen. Gesehen habe ich bisher noch nichts davon. Wann kommt sie in den Handel?

Franz Vogt, Gemeinderat: Es ist so, dass die Gemeinde-App grösstenteils konfiguriert ist. Sie ist bei Google und bei Apple hochgeladen und könnte eigentlich aus technischer Sicht demnächst freigeschaltet werden. Im Moment sind wir aber noch daran, ausführlich die Funktionen zu testen. Dann dürfte die App Ende Februar/Anfang März freigeschaltet werden. Es ist dazu zu sagen, dass das Procedere bei Google und Apple sehr zeitintensiv ist. Es hat mehrere Monate gedauert, bis man von dort das Okay bekommen hat. Wer die App schon einmal testen will – teilweise kann man das schon tun – kann sich bei mir melden und ich gebe ihm den Link bekannt.

Florian Spiegel, 1. Vizepräsident: Frau Stierli, ist die Frage beantwortet?

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Ja, vielen Dank.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Es gibt viele Allschwiler Pendler, die jeden Morgen an den Bahnhof SBB gehen und abends wieder zurück. Nun stehen im Jahr 2019 grössere Baustellen bevor, die zu einer Vollsperrung des ÖV führen werden. Das betrifft den Centralbahnplatz mit einer Vollsperrung von März bis Mitte Mai und einer Teilspernung von Mitte Mai bis August; das Dorenbachviadukt mit einer Vollsperrung von März bis Mitte Mai; und hier in Allschwil eine Vollsperrung der Baslerstrasse von Mai bis August. Wenn man sich das auf den Plan anschaut, sind das genau die Wege, auf denen man von Allschwil an den Bahnhof SBB gelangt. Daher meine Frage: Wie kommen Pendler aus Allschwil in dieser Zeit an den Bahnhof SBB?

Christoph Morat, Gemeinderat: Grundsätzlich ist eine Fragestunde dazu gedacht, dass man Fragen betreffend die Verwaltung stellen kann. Nichtsdestotrotz haben wir uns die Mühe gemacht und bei der BVB nachgefragt. Es gibt ein ganz einfaches Mittel, und zwar gibt es auch eine App, die BVB-App. Diese weiss ganz genau, wie man an den Bahnhof kommt. Das Zweite, was ich sagen kann, ist: Die Linie 48 läuft ja weiterhin, sie nimmt einfach einen anderen Weg durch Allschwil und fährt bis Markthalle. Man kann auch weiterhin mit der Linie 8 direkt an den Bahnhof SBB fahren, wenn man eher aus dem betreffenden Gebiet kommt. Oder man kann mit der Linie 6 bis Brausebad fahren oder mit der Linie 33 bis Schützenhaus und dort auf die Linie 1 umsteigen bis Markthalle. Gehbehinderte können sitzen bleiben; die Fahrt geht weiter via Heuwaage, Bankverein, Aeschenplatz und Bahnhof SBB. Wer gut zu Fuss ist, kann von der Markthalle die paar Schritte bis zum Bahnhof laufen. Man kann aber auch im 6er-Tram sitzen bleiben bis Heuwaage und dort in die Linie 16 umsteigen; so kommt man sehr schnell zum Bahnhofseingang Gundeli. Es gibt also verschiedene Wege, und die BVB ist wirklich ein toller Betrieb,

finde ich, der immer wieder Lösungen findet, aber eben sein Schienennetz instand halten muss, und da kann man wirklich sagen, die sind fix, und das mit der App funktioniert auf alle Fälle.

Florian Spiegel, 1. Vizepräsident: Frau Gürtler, ist Ihre Frage beantwortet?

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Meine Frage ist beantwortet.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Meine Frage betrifft den Flugverkehr, nicht im Sinne eines running Gags, sondern im Sinne eines «running Schnägg». Wir haben eine Interpellation eingereicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung. Via Interpellation hatten wir das gemacht, weil das Geschäftsreglement sagt: «Interpellationen werden in der Regel in der nächsten Sitzung beantwortet.» Heute ist die dritte. Bei dieser Umweltverträglichkeitsprüfung – und der Flugverkehr ist für mich wirklich kein Spass – gibt es jetzt zwei aktuelle, gute, vielversprechende Aufhänger. Der eine ist der Bahnanschluss, der zweite ist der Vergrößerungswahnsinn, den der Flughafendirektor jetzt ausposaunt hat. Meine Frage ist: Wo steht jetzt das Geschäft mit der Umweltverträglichkeitsprüfung? Oder ist es vielleicht sogar ein toter Schnägg?

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Jetzt sind wir schon in der Tierwelt angelangt... Nein, ich habe mir sagen lassen, das Geschäft ist selbstverständlich nicht unters Eis geraten. Es ist auch kein Schnägg. Aber bei einer Umweltverträglichkeitsprüfung stehen auch juristische Prüfungen im Raum, und das geht anscheinend nicht so schnell, wie man das erwartet hat. Das mit den Aufhängern Bahnanschluss und Vergrößerung ist natürlich richtig, das haben wir auch auf dem Radar. Ich hoffe, dass in nächster Zeit auch mir eine Antwort vorliegt, wie hier vorzugehen ist, was man hier machen kann, und grundsätzlich, ob wir überhaupt das Recht haben, dies zu tun.

Florian Spiegel, 1. Vizepräsident: Herr Keller, ist Ihre Frage beantwortet?

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Eine Nachfrage, das darf ich doch? Kannst du noch eine Grössenordnung nennen? Beim letzten Geschäft habe ich drei Jahre lang gewartet, bis es bearbeitet wurde. Was könnte in etwa drin liegen?

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Weniger als drei Jahre. Aber ich will es nicht ins Lächerliche ziehen. Ich kann keine Grössenordnung dazu sagen. Aber wir haben selber auch verschiedene Geschäfte im Zusammenhang mit dem Flughafen auf dem Radar, bei denen wir vorwärts machen müssen, und darum hoffe ich auf Unterstützung bei den Abklärungen. Sobald ich mehr weiss, werde ich informieren.

Pascale Uccella, AVP-Fraktion: Ich habe eine Frage zur Baslerstrasse. Ich meinte, ich sei im falschen Film: Warum macht man in der Baslerstrasse bis ganz nach vorne hin Einbahnverkehr? Ich hatte einmal ein Postulat gebracht wegen der Tempo 30-Zone, vor allem bei den Schulhäusern und Kindergärten. Es wurde leider nicht angenommen. Aber jetzt haben wir genau das Problem. Ich habe heute gesehen: Der ganze Verkehr geht durch den Baselmattweg, den Muessmattweg und überall dort, und sie fahren wie die Schweine. Ich kann nicht verstehen, dass die Baslerstrasse fast bis zum Morgartenring Einbahn ist und die Leute gar nicht wissen, wo sie durchfahren sollen. Ich weiss, das ist nicht Sache der Gemeinde; ich möchte einfach fragen, ob der Gemeinderat weiss, wie lange das dauern soll. Haben wir jetzt bis Ende Jahr Einbahnverkehr auf der Baslerstrasse, sodass die ganzen hinteren Quartiere mit sehr viel Autoverkehr rechnen müssen? Und falls es so sein sollte, muss man sich etwas überlegen, eventuell mit den Parkplätzen, was mir dann zwar wieder für die Anwohner leid täte.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Danke für den Hinweis, dass diese 2. Phase Baslerstrasse jetzt anscheinend angelaufen ist. Nach dem, was mir da zu Ohren gekommen ist, scheint dies ja markante Umstrukturierungen mit sich zu bringen. Das müssen wir noch mal anschauen. Ich nehme das gerne entgegen. Eigentlich war, zusammen mit dem Kanton und der BVB, in mehreren Sitzungen ein Konzept ausgearbeitet worden, wie der Verkehr geführt werden soll. Eigentlich war angedacht, dass man den Verkehr über die Binningerstrasse/Spitzwaldstrasse führt. Ich weiss im Moment nicht auswendig, warum die Einbahnregelung angeordnet wurde; das steht in den Unterlagen, die ich heute nicht auch noch mitgenommen habe. Hätte ich die Frage vorher gekannt, hätte ich mich vorbereiten können. Man ist aufgrund mehrerer Überlegungen zu dieser Einbahnregelung gekommen. Möglicherweise weiss es Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeinderat: Der Grund ist folgender: Man hatte ursprünglich geplant, zunächst nur Vorarbeiten durchzuführen, während derer der Verkehr in beiden Richtungen auf der Baslerstrasse hätte fließen können; und nur während der Intensivphase hätte Einbahnverkehr angeordnet werden sollen. Man hat dann aber gesehen, dass dies nicht machbar ist im Hinblick auf den Werkleitungsbau, weil dessen Programm so gedrängt ist. Unter anderem muss man 20 Querungen unter Verkehr bauen. Darum

hat man uns Ende letzten Jahres eröffnet, dass der Einbahnverkehr schon Mitte Januar anfängt und sogar das ganze Jahr dauern könnte. Man kann so auch schneller vorwärts arbeiten. Es geht auch um die Sicherheit. So, wie es im Bereich vor der Gemeindeverwaltung gelaufen ist, als immer zwei Leute dort stehen mussten, war es nicht optimal, das haben ja wohl alle gesehen. Jetzt soll es aber nicht so sein, dass der Verkehr hinten über den Baselmattweg läuft. Richtung Allschwil wird man, bis auf ganz kleine Unterbrüche, immer auf der Baslerstrasse fahren können, je nachdem eben auf der einen oder auf der anderen Seite. Hingegen Richtung Basel wird grossräumig umgeleitet über die Binningerstrasse und über die Fabrikstrasse. Ein Teil wird sich dann den Weg suchen durch die Spitzwaldstrasse. Ein Teil wird natürlich bis zum Neuwilerplatz Richtung Basel fahren. Hinten auf dem Baselmattweg ist doch ein Teil Einbahnverkehr, sodass man nicht Richtung Basel fahren kann, oder täusche ich mich? Jedenfalls ist das nicht geplant, dass über den Baselmattweg Umleitungsverkehr fährt. Sollte sich wider Erwarten irgendwelcher Schleichverkehr einstellen, müsste man Massnahmen ergreifen.

Florian Spiegel, 1. Vizepräsident: Frau Uccella, ist Ihre Frage damit beantwortet?

Pascale Uccella, AVP-Fraktion: Es ist eben trotzdem so, dass die Leute wissen, dass man durch den Baselmattweg fahren kann. Ich fände es gut, wenn man irgendwelche Massnahmen treffen würde. Meine Frage ist trotzdem: Die Arbeiter arbeiten bis zur Kirche. Nur bis dorthin ist Baustelle. Warum verfügt man dann trotzdem Einbahnverkehr bis Morgartenring?

Franz Vogt, Gemeinderat: Das Projekt, die 2. Etappe, umfasst die Strecke Maiengasse bis Merkurstrasse. Vielleicht führt die Einbahnstrecke einige zig Meter weiter, das kann ich jetzt aus dem Stegreif nicht sagen – Christoph sagt gerade: bis Marsstrasse. Klar ist es keine schöne Situation, dass man jetzt ein Jahr lang Einbahnverkehr hat. Aber man versucht – wie man es letztes Jahr schon probiert hat, und, wie ich meine, mit recht gutem Erfolg – die Baslerstrasse grossräumig zu umfahren. Sollten sich Probleme ergeben, wird man auf jeden Fall Gegenmassnahmen ergreifen. Sonst kannst du das Anliegen auch gerne beim Kanton, bei Herrn Kunze, dessen Telefon und E-Mail auf dem Flyer steht, deponieren. Einmal mehr schadet sicher nicht.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Wir ergänzen uns gut, merke ich gerade. Mittlerweile konnte ich das Dokument finden, um das es sich dreht. Wir hatten in Zusammenarbeit mit dem Kanton zwei Flyer ausgearbeitet, einen für die Bevölkerung, auf welchem die Auswirkungen auf der Baslerstrasse mindestens für die Zeit vom 21. Januar bis zum 19. Mai – Start der Intensivphase mit Vollsperrung des Trams – beschrieben sind. Darin steht auch, dass im April 2019 der nächste Flyer erscheinen wird, der darüber informiert, was während der Intensivphase geschehen wird. Zusätzlich hatten wir noch einen zweiten Flyer gemacht extra für die Schulen, der dort auch verteilt wurde. Er ist an die Kinder adressiert. Darauf ist ganz klar gezeigt, welche Wege man während der Bauphase nehmen soll. Dies geschah in Absprache mit der Bauleitung, mit der BVB, den Schulen, Eltern und unserer Polizei. Es wurden verschiedenste Aspekte einbezogen, damit die Kinder möglichst sicher von daheim zur Schule und wieder zurückgeführt werden können.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Ich habe zwei Fragen. Erstens: Betrachtet man die Verteilung der Wertstoffsammelstellen auf dem Gemeindegebiet in Allschwil, so stellt man fest, dass in den Bereichen Lindenplatz und Dorfplatz jeweils sehr grosse Gebiete ohne Wertstoffsammelstelle auskommen müssen. Ist das dem Gemeinderat bekannt? Und was unternimmt er dagegen?

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Dem Gemeinderat ist selbstverständlich bewusst, dass die Bewohner im Dorf und beim Lindenplatz keine Sammelstelle in nächster Nähe zur Verfügung haben. Zum Lindenplatz ist folgendes zu sagen: Im Rahmen der Umgestaltung des Lindenplatzes ist der Auftrag erteilt worden, den neuen Platz mit einer Wertstoffsammelstelle auszurüsten. Das ist im Planungsprojekt auch so geschehen. Wenn der Lindenplatz in absehbarer Zeit umgestaltet wird, wird dort eine Sammelstelle errichtet werden. Im Dorf verhält es sich so, dass man dieses Jahr eine Untersuchung hinsichtlich eines möglichen Standorts anstellen wird, und es ist vorgesehen, dass diese dann im 2020 realisiert werden soll. Dafür ist im Finanzplan bereits ein Betrag eingestellt worden. Ich hoffe, diese Ausführungen beantworten die Frage.

Florian Spiegel, 1. Vizepräsident: Herr Bärtsch, ist Ihre Frage beantwortet?

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Ja, herzlichen Dank. Dann stelle ich gerne noch meine zweite Frage: Wie man der Presse entnehmen konnte, ist der Stiftungsrat der Alterszentren Binningen per 1.1.2019 neu besetzt worden, nachdem man erst vor drei Jahren das Gremium komplett ausgewechselt hatte. Für mich sieht Konstanz in der strategischen Führung etwas anders aus. Meine Frage: Wie schätzt der Gemeinderat diesen Vorgang in Bezug auf die Bildung der geplanten Versorgungsregion ein?

Roman Klausner, Gemeinderat: Wir sind im Moment auf einem fast gleichen Stand wie ihr. Wir wissen aus der Zeitung, was dort geschehen ist. Wir haben auch gelesen, dass man einmal versucht hat, einen Teil zu verkaufen. Das sind sehr wirre Sachen. Wir haben am 6. Februar eine Sitzung mit dem Gemeinderat von Binningen, an welcher wir 1:1 informiert werden, um dann zu wissen, was ist wirklich geschehen, was stimmt von dem, was in der Zeitung stand, und was stimmt nicht? Für die Versorgungsregion sehen wir im Moment kein Problem. Denn dort hat es 168 Betten, die zu 98 % ausgelastet sind, und eine Zusammenarbeit mit uns ist angedacht.

Florian Spiegel, 1. Vizepräsident: Herr Bärtsch, ist Ihre Frage beantwortet?

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Ja, herzlichen Dank.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Ich habe noch eine Anschlussfrage betreffend Gebührenregelung für die Vereine. Aufgrund der neuen Gebührenregelung zahlt der Schwimmclub Allschwil für seine Trainer wie auch für die Leitung der Schwimmkurse Eintritt. Der Schwimmclub würde natürlich keine Trainer und keine Leitung finden, wenn diese den Eintritt selber zahlen müssten; der Club übernimmt daher die Kosten. Das sind satte CHF 4'200 pro Jahr. Frage: Wenn nun für 2019 die Gebühren, Hallenmieten etc. erlassen werden, werden dann diese Eintritte auch erlassen, sodass diese Leute, zeitlich beschränkt auf die Trainingszeiten, eine Eintrittskarte erhalten?

Robert Vogt, Gemeinderat: Auf diese Frage kann ich leider noch keine Antwort geben, weil das zu kurzfristig ist. Aber selbstverständlich werden wir sie im Lauf des Jahres beantworten können.

Florian Spiegel, 1. Vizepräsident: Ich nehme an, die Frage, ob Ihre Frage, Frau Stierli, damit beantwortet ist, erübrigt sich.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich habe auch eine Frage zur Baslerstrasse, oder eine Anmerkung. Es gibt diese Baustelle, es hat sie letztes Jahr schon gegeben, und ich habe es letztes Jahr schon moniert, und ich moniere es jetzt wieder: Die Umleitung ist nicht sauber signalisiert. Letztes Jahr war dies auch nicht der Fall, und man sagte, man werde darauf achten, dass dies beim nächsten Mal nicht wieder so verkehrt gemacht wird. Es hat einfach Pfeile, gemäss denen man in eine Richtung fahren darf. Aber eine Umleitung, wie es im Flyer steht, ist nicht ausgeschildert, bis gestern Abend jedenfalls definitiv nicht. Und ich möchte bitten, dass man beim Kanton darauf dringt, dass sauber signalisiert wird, damit man von jedem Ort in Allschwil aus auf diese Umleitung gelangt, und zwar eben nicht auf Schleichwegen. Wenn jetzt auf Schleichwegen gefahren wird, so sicher auch darum, weil man diese Pfeile nicht erkennen kann. Wenn sie auf einem Blatt Papier stehen, ist das sehr gut und recht, ob sie sollten dann auch noch aufgestellt werden.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Diese Anmerkungen nehme ich selbstverständlich gerne entgegen. Ich komme nachher persönlich auf dich zu, damit du mir sagen kannst, wo genau der Schuh drückt. Ich habe selber ein paar Schilder gesehen. Mindestens die BVB weiss, wo sie durchfahren muss. Das hat geklappt, habe ich festgestellt. Wenn es beim Individualverkehr nicht klappt, ist das natürlich ein grösseres Problem. Sage mir bitte, wo das ist. Es gibt ein klipp und klares Signalisationskonzept. Wenn dieses nicht umgesetzt wird, ist das natürlich ein Fehler. Wir schauen das an.

Florian Spiegel, 1. Vizepräsident: Simon Zimmermann nickt, die Frage ist beantwortet.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Eine Frage zur Umsetzung des Behinderten-Gleichstellungsgesetzes im ÖV: Es gibt in Allschwil einige Bushaltestellen-Kanten, die in die Kompetenz der Gemeinde fallen, weil sie an Gemeindestrassen liegen. Ein Teil davon ist am Hegenheimermattweg, der sowieso umgebaut wird. Es bleiben noch einige andere, im Wesentlichen sind es vier an der Spitzwaldstrasse. Gibt es schon eine Planung, wann das gemacht werden soll?

Christoph Morat, Gemeinderat: Es gibt tatsächlich noch ein paar Haltestellen der Buslinie 33 in der Spitzwaldstrasse, die mir gerade spontan einfallen. Aber den aktuellen Stand kenne ich im Augenblick nicht, werde das aber nachholen, und sie werden selbstverständlich eine Antwort erhalten. Mir kommt nur die Spitzwaldstrasse in den Sinn.

Florian Spiegel, 1. Vizepräsident: Herr Häuptli, ist das soweit in Ordnung? – Er nickt.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Niklaus Morat hat vorgängig zu dieser Sitzung drei Fragen eingegeben, die ich gerne stellen würde. Ich meine, der Gemeinderat hat sie schriftlich erhalten. Es geht um die

Ausgleichsinitiative. Wie viel kostet es die Gemeinde Allschwil, wenn die Initiative vom Stimmvolk angenommen wird? Wie viel kostet es, wenn der Gegenvorschlag angenommen wird? Und wie hoch wäre der Verlust für die Einwohnergemeinde Allschwil, wenn das Gesetz über die Abgeltung der Planungsmehrwerte angenommen wird? Hat man das schon einmal durchgerechnet?

Roman Klausner, Gemeinderat: Zur ersten und zweiten Frage kann ich zwei Dinge sagen: Wenn man die Zahl aus der Initiative nimmt und umrechnet, dann würde Allschwil sogar etwas herausbekommen. Es ist aber natürlich so, dass das Ganze im Sinne der Initiative berechnet ist. Mit unseren realen Zahlen können wir im Moment keine klare Aussage darüber machen, ob wir mehr oder weniger zahlen würden oder ob es eine Nullnummer werden würde. Das ist im Moment nicht zu verifizieren. Was ich aber weiss, ist, dass wir im Falle des Gegenvorschlags einzahlen und nie einen Franken zurückbekommen würden. Das Problem an dieser Initiative sind nicht die Zahlen, über die wir jetzt diskutieren, sondern es geht um einen Systemwechsel, und wir greifen in etwas ein, was bisher in diesem Kanton funktioniert hat, nämlich der Finanzausgleich und die Planungen, die man untereinander hat. Und wenn man dort eingreift und anfängt zu ändern, dann kommt es noch zu ganz anderen Begehrlichkeiten, die dann sicher nicht mehr gut sind. Darum ist diese Initiative aus meiner Sicht etwas relativ Gefährliches.

Florian Spiegel, 1. Vizepräsident: Herr Winter, ist die Frage beantwortet? – Er nickt.

Christoph Morat, Gemeinderat: Da war ja noch die dritte Frage wegen dem Raumplanungsgesetz der Mehrwertabgabe. Dort ist es so: Im 2012 hat man ja das Raumplanungsgesetz auf Bundesebene teilrevidiert. Dort wurde vorgeschrieben, dass mindestens 20 % eines Mehrwerts abzugelten sind, wenn Boden neu der Bauzone zugewiesen wird. Der Landrat hat im September 2018 den Beschluss gefällt, dass er sich auf das absolute Minimum gemäss Bundesrecht beschränkt, indem er eine Mehrwertabgabe von 20 % erhebt, wenn Boden neu in eine Bauzone kommt. Das heisst also, nur bei sogenannten Neueinzonungen wird eine Mehrwertabgabe fällig. Es ist eben so, dass in Allschwil die Chancen auf eine Neueinzonung gleich Null sind. Somit werden wir von diesem Beschluss des Landrats überhaupt nichts haben. Der Landrat hat dann darauf verwiesen, dass man ja mit Verträgen mit Bauwilligen oder Investoren eine sogenannte Infrastrukturabgabe vereinbaren kann. Das ist aber bei weitem nicht so hoch und vor allen Dingen nicht so sicher, wie es wäre, wenn man den Vorschlag der Baselbieter Regierung gefolgt wäre. Sie hatte nämlich auch bei Umzonungen und Aufzonungen – was in den Gemeinden viel mehr einschenkt – eine Mehrwertabgabe von 30 % vorgeschlagen. Der Landrat hat sich dort für eine Nulllösung entschieden. Aus diesem Grund ist der Gemeinderat absolut der Meinung, dass das Gesetz über die Mehrwertabgabe zurück an den Absender gehört. Dafür haben wir uns auch einzeln und als Gesamtkollegium engagiert. Was wäre nun der Verlust bei uns? Wir bekommen einfach nichts. Wenn also der Einwohnerrat hier drin einen Quartierplan oder eine Um- oder Aufzonung beschliesst, dann gibt es gar nichts für die Gemeinde. Dann gibt es einfach einen Infrastrukturbeitrag. Das kann ein Anteil an ein Trottoir sein oder auch ein Kindergarten. Aber es kann niemals an das herankommen, was eine Mehrwertabgabe von 20 oder 30 % bringen würde. Das kann sich dann schon einmal in Millionenbeträgen niederschlagen, je nachdem, wie gross das Grundstück oder die Zone ist, auf dem ein Mehrwert generiert wird. Ich kann also keine abschliessende Aussage dazu machen, was wir nicht einnehmen. Auf alle Fälle wird ein Infrastrukturbeitrag nur einen Bruchteil desjenigen ausmachen, was eine rechtlich abgesicherte Mehrwertabgabe bringen würde, wie sie das Bundesgesetz eigentlich auch vorsieht.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Im Dezember 2018 wurden neue Wasserleitungen zwischen dem Felsenweg und dem Holeeweg verlegt. Für die Bauarbeiten musste logischerweise die ganze Strassenseite aufgerissen werden auf ca. 20 m. Das ist nun interessant, denn genau an dieser Stelle sollen 2020 die Wassersteine ersetzt werden. Das sind Wassersteine? Das sind die Steine, die sich zwischen Trottoir und Strassenbelag befinden, über die das Wasser in die Dole fliesst. Nun stellt man sich die Frage, wenn doch die ganze Strasse schon aufgerissen ist, weil Wasserleitungen ersetzt werden und eh alles neu geteert werden muss, wieso hat man nicht gerade auch noch die Wassersteine ersetzt? Ich habe das Gefühl, da wäre eine Kosteneinsparung möglich gewesen. Dazu habe ich noch eine weitere Frage: Gibt es irgendeine Kommunikation zwischen den Abteilungen im Tiefbau, damit da eine effiziente Ausgabenpolitik gewährleistet ist, falls es zu Kosteneinsparungen geführt hätte, wenn man das gleichzeitig gemacht hätte?

Franz Vogt, Gemeinderat: Es gibt natürlich Absprachen zwischen den einzelnen Abteilungen. Konkret handelt es sich dort sogar um den gleichen Projektleiter. Aber Spass beiseite. Es ist natürlich so, dass die Strasse dort nicht neu gebaut wird, sondern es werden die Wassersteine an der Seite ersetzt. Dabei wird der Belag nur um 3 cm abgefräst und wieder erneuert. Im Falle der Wasserleitungen gräbt man auf ca. 1 m Breite auf. Zudem ist es so: Der ganze Felsenweg ist 165 m lang. Aber die Wasserleitung, die dort von der Ochsenegasse her gebaut wurde, ging nur 21 m in den Felsenweg hinein. Vom Arbeitsablauf her

war es besser, die Wasserleitung separat und vorher zu verlegen. Beides, die Wasserleitung und die Wassersteine, gleichzeitig zu verlegen, wäre schlecht möglich gewesen. Und für die Wassersteinverlegung wird, wie gesagt, nur ein 3 cm tiefer Belagsstreifen in Anspruch genommen. Dazu hat man mir folgende Berechnung vorgelegt: Bei einem Kubikmeterpreis von CHF 190.00 für den Belag entstehen bei 21 m Länge, 1 m Breite und 3 cm Tiefe Kosten für den Belag von CHF 119.70. Das ist kein Betrag, für den es sich gelohnt hätte, den ungünstigeren Arbeitsablauf zu wählen. Beide Massnahmen unterstanden wie gesagt dem gleichen Projektleiter, der sich dieser Zusammenhänge voll bewusst war.

Florian Spiegel, 1. Vizepräsident: Herr Pozivil, ist Ihre Frage damit beantwortet?

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Danke für die Antwort. Auf den ersten Blick hatte es eben so ausgesehen, dass man mit einer anderen Vorgehensweise grössere Kosten hätte einsparen können. Aber das ist ja offenbar nicht der Fall.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe eine Frage im Zusammenhang mit den Abstimmungen, die ja, in Klammern gesagt, immer komplexer und komplizierter werden. Der Gemeinderat hat sich im Allschwiler Wochenblatt im Hinblick auf die Ablehnung des Gesetzes über die Abgeltung von Planungsmehrwerten geäussert. Das habe ich geschätzt. Frage: Wie ist die Position des Gemeinderats zur Ausgleichsinitiative bezüglich Sozialkosten, und gedenkt er auch diese Position der Bevölkerung bekanntzugeben?

Roman Klausner, Gemeinderat: Sich dazu zu äussern, ist ein heikles Thema. Ich persönlich und meinem Wissen nach der ganze Gemeinderat ist für zweimal Nein, das ist eine klare Haltung, weil wir das System, wie ich schon vorhin sagte, nicht ändern möchten. Ob es aber Sache des Gemeinderats ist, sich dazu im Allschwiler Wochenblatt vornehmen zu lassen, müssten wir noch diskutieren.

Florian Spiegel, 1. Vizepräsident: Herr Keller, ist Ihre Frage beantwortet?

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich danke für die Antwort. In dem Fall ist es besser, der Gemeinderat äussert sich nicht. [*Heiterkeit*]

Jérôme Mollat, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Unsere Fraktion hat noch eine Frage zur Bedarfsplanung für neue Schulhäuser. Gibt es eine solche Bedarfsplanung, und wenn ja, man ist mit Ergebnissen zu rechnen? Ich denke, man könnte die Frage auch im Zusammenhang mit Traktandum 10 (Zwischennutzung Brache Bettenackerareal) beantworten, wenn das Sinn macht.

Christoph Morat, Gemeinderat: Eine sehr interessante Frage. Wir haben eine Schulraumplanung in Auftrag gegeben. Diese ist den Gemeinderat auch bereits im Dezember 2018 vorgestellt worden. Wir wissen aber noch nicht ganz genau, was wir wann brauchen. Es ist so, dass der Bedarf an Schulraum in Zukunft weiterhin steigend wird, und zwar wird er den Höhepunkt zwischen 2024 und 2028 erreichen. Wir sind noch daran, Massnahmen zu diskutieren. Dies geschieht in der gleichen Gruppe, die das Schulraumkonzept erarbeitet hat, also der Bereich Bau, die Schulleitung und weitere Fachleute. Sie sind daran, Massnahmen auszuarbeiten, sodass der Gemeinderat bald einmal dem Einwohnerrat etwas vorlegen kann. Das wird aber voraussichtlich erst in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres geschehen. Aber wir sind daran, und es drängt auch. Es stehen verschiedene Projekte an wie zum Beispiel die energetische Sanierung des Schulhauses Neuallschwil; in dem Zusammenhang macht man sich natürlich auch Gedanken darüber, ob es dort eine Erweiterung geben könnte. Ob das ausreicht oder ob es noch an anderen Orten ein Schulhaus geben muss, und gegebenenfalls in welchem Umfang, wird wie gesagt zurzeit beleuchtet.

Florian Spiegel, 1. Vizepräsident: Herr Mollat, ist diese Frage beantwortet?

Jérôme Mollat, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ja, ich danke für den Zwischenstandsbericht.

Florian Spiegel, 1. Vizepräsident: Es liegen keine Fragen mehr vor. Ich habe eine kleine Berichtigung. Herr Christoph Morat hat sich bei der Frage von Frau Gürtler dahin geäussert, dass Fragen in der Fragestunde sich auf die Verwaltung beziehen sollen. Im Reglement steht aber ganz klar: «Verwaltung oder das öffentliche Interesse der Gemeinde». Frau Gürtler durfte diese Frage also stellen.

Markus Gruber, Präsident: Somit kommen wir zum dringlichen Postulat, Geschäft 4435, «Bildung einer Begleitkommission für die Ausarbeitung der Versorgungsregion mit Binningen und Schönenbuch» von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion. Ich lege das Postulat auf.

Andreas Bärtsch, Postulant, FDP-Fraktion: Das Postulat ist aus meinem letzten Vorstoss entstanden, Geschäft 4416A, bei dem wir im Einwohnerrat zu hören bekamen, dass der Gemeinderat daran ist, eine Versorgungsregion mit Binningen zu bilden. Wenn man sich überlegt, was für eine Tragweite das Geschäft für die Gemeinde Allschwil haben wird – denn so eine Versorgungsregion wird ja für die nächsten zehn, 15 oder 20 Jahre Bestand haben – dann kann man das aus Sicht der FDP-Fraktion durchaus mit dem Prozess des Räumlichen Entwicklungskonzepts vergleichen. Ein Räumliches Entwicklungskonzept wird alle 20 Jahre wieder hinterfragt und überarbeitet, und dort sind ja, aus unserer Sicht mustergültig, die Politik, aber auch Interessierte in den Prozess einbezogen worden, und sie konnten den Prozess mitgestalten. Darum sind wir von der FDP-Fraktion der Meinung, dass es gut wäre, wenn der Gemeinderat prüfen würde, in welcher Form zum jetzigen Zeitpunkt – uns ist bewusst, dass der Prozess bereits im Gange ist – eine Steuerungs- und/oder Echogruppe für die Bildung der Versorgungsregion eingesetzt werden kann, und welche Verzögerungen dadurch in dem Prozess entstehen würden. Es ist für uns klar, dass das Postulat in Bezug auf Dringlichkeit und Umsetzung dem Terminplan für die Bildung der Versorgungsregion angegliedert werden muss. Ich bitte euch, der Dringlichkeit stattzugeben, damit der Gemeinderat sofort anfangen kann zu arbeiten und wir vielleicht schon in der nächsten oder übernächsten Sitzung eine solche Echo- oder Steuerungsgruppe bilden könnten.

Markus Gruber, Präsident: Es geht jetzt um die Überweisung; die Dringlichkeit ist bereits gegeben.

Roman Klausner, Gemeinderat: Das Postulat ist in sich gut gemeint. Es ist schade, dass Herr Dieterle von Schönenbuch nicht mehr anwesend ist; vorhin war er hier. Man müsste ja versuchen, mit den drei Gemeinden zusammen eine solche Kommission zu bilden. Wir wissen, dass es in Binningen allein für gewisse Reglemente nicht einmal eine Kommission gibt, sondern dass sie sie separat gründen müssen. Wir wissen, dass in Schönenbuch immer nur eine oder zwei Personen zuständig sind. Es wird nicht einfach sein, eine solche Idee umzusetzen. Es kommt dazu, dass wir etwas über alle drei Gemeinden machen, das wird sehr kompliziert. Wir haben ja auch geschrieben, dass es die Idee ist, im richtigen Moment mit der Kommission zusammenzukommen. Ihr habt jetzt gesehen, für euch ist das vermutlich zu spät, aber wir müssen zuerst einmal schauen, dass wir mit den beiden anderen Gemeinden zusammen die Sache einigermassen unter einen Hut bekommen. Darum sage ich: Wenn Sie das Postulat überweisen, müssen wir etwas machen, wir müssen prüfen und berichten, aber wie man es umsetzen soll, weiss ich nicht.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ganz am Schluss des Votums von Andreas Bärtsch bin ich noch *ringhörig* geworden. Ich glaube, da ist ein Missverständnis. Wenn wir die Dringlichkeit behandeln, heisst das nicht, dass das Postulat dringlich beantwortet wird, sondern das ist dringlich behandelt wird. Das heisst, wir beschliessen heute darüber. Aber der Gemeinderat hat in seinem Ermessen ein Jahr Zeit, Dringlichkeit hin oder her. Das zur Klarstellung.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich hatte mich bei der Dringlichkeit der Stimme enthalten, weil ich es nicht besonders schätze, dass Geschäfte von so hoher Bedeutung einfach so hopp-hopp eingereicht und nicht mehr behandelt werden. Substantiell habe ich jetzt noch ein Anliegen. Ich habe schon zweimal darauf hingewiesen, dass wir ja eine Sachkommission haben, nämlich die Kommission Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales. Ich weiss einfach nicht, was da noch andere Kommissionen sollen. Und wenn schon eine Steuerungsgruppe oder eine Echogruppe, dann müsste die nach meinem Verständnis aus den drei Gemeinden zusammengesetzt sein. Ich erlaube mir jetzt trotzdem inhaltliche Hinweise, obwohl ja eigentlich das Postulat jetzt nicht beraten wird.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Zur Präzisierung: Die Meinung der FDP-Fraktion ist nicht, dass die Gruppe über drei Gemeinden gebildet werden soll. Die Meinung der FDP-Fraktion ist, dass diese Echo- und Steuerungsgruppe in der Gemeinde Allschwil ist und für die Gemeinde Allschwil gilt. Und in dieser Echo- und Steuerungsgruppe soll nicht nur die Politik vertreten sein, sondern sich auch die örtlichen Player einbringen können, die die Altersbetreuung in Allschwil jetzt umsetzen, also Spitex, stationäre Institutionen, freiwillige Institutionen.

Roman Klausner, Gemeinderat: Eine ganz kurze Information dazu: Wir hatten einen runden Tisch dazu, das stand sogar im AWB, es waren etwa 40 Leute auf der Gemeindeverwaltung, alle die Player, die du angesprochen hast. Wir haben dort den Anfang aufgezeigt. Und die eine Arbeitsgruppe, die es zwischen den drei Gemeinden gibt, hat laufend mit diesen Organisationen zu tun, um die nächsten Schritte miteinander zu besprechen. Das ist also am Laufen, auch wenn man nicht immer etwas darüber liest. Wir haben laufend Sitzungen mit allen möglichen Organisationen, mit denen es Schnittstellen gibt, um zu klären, wie wir es hinbekommen, die drei Gemeinden hineinzubekommen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich möchte ein Time-out beantragen, damit wir das in den Fraktionen besprechen können.

Markus Gruber, Präsident: Wir machen einige Minuten Time-out.

TIME-OUT

Markus Gruber, Präsident: Wir machen weiter und kommen zur Abstimmung über die Überweisung des Postulats. Der Gemeinderat beantragt Nichtüberweisung.

://:

Das Postulat «Bildung einer Begleitkommission für die Ausarbeitung der Versorgungsregion mit Binningen und Schönenbuch», Geschäft 4435, wird grossmehrheitlich überwiesen, bei 6 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderates vom 14.11.2018, betreffend
Räumliches Entwicklungskonzept Allschwil 2035, Abrechnung
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4271C

Christoph Morat, Gemeinderat: Natürlich ist es nicht so schön, eine Abrechnung vorzulegen, die höher ist als der geschätzte und auf Offerten gestützte Voranschlag. Die CHF 12'000, entsprechend 7 % Mehrkosten bringen aber einiges an Mehrwert für die Gemeinde. Erstens ist der Einwohnerrat mit einem Anlass an einer Sitzung mit einem Zwischenbericht in der langen Planungszeit dieses REK eingebunden worden. Weiters musste man die Studie der Firma InterUrban über die Einkaufsfunktionen in allen Teilgebieten von Allschwil erneuern und aktualisieren. Die Studie war vor allem wichtig bei der Weiterentwicklung des Masterplans an der Binningerstrasse sowie bei der Entwicklung des Bachgrabengebiets. Der Masterplan Binningerstrasse und die Verkehrsstudie Bachgraben sind im Moment in Arbeit. Zum Masterplan Binningerstrasse gibt es schon bald einen Zwischenbericht, wozu ja auch eine Kommission berufen worden ist. Und die Verkehrsstudie Bachgraben wird ständig weiterentwickelt. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass das Geld vernünftig eingesetzt worden ist und wir nicht zuletzt auch durch die gewonnenen Erkenntnisse einen wichtigen Schritt in unserer Raumplanung machen konnten, so, dass der Gemeinderat auf die heute mehrfach angesprochenen Herausforderungen eingehen und richtig reagieren kann. Darum bitte ich Sie im Namen des Gemeinderats um die Genehmigung der Abrechnung gemäss dem Antrag auf Seite 7 des Berichts.

Markus Gruber, Präsident: Ich frage den Rat an, ob das Eintreten bestritten wird. – Das ist nicht der Fall.

Allgemeine Beratung

Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion: Aus Sicht der SP-Fraktion waren die zusätzlichen Abklärungen sehr wichtig und haben zum erfolgreichen Abschluss des Projekts beigetragen. Die SP-Fraktion wird dem Antrag des Gemeinderats folgen.

Florian Spiegel, 1. Vizepräsident: Es hat keine weiteren Wortmeldungen.

Markus Gruber, Präsident: Somit ist die allgemeine Beratung abgeschlossen. Ich frage den Rat an, ob abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. – Das ist nicht der Fall. Somit ist die Beratung über das Geschäft abgeschlossen.

Abstimmung

Antrag des Gemeinderats:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

5.1 Die Abrechnung von CHF 195'895.45 inkl. MWST für das Räumliche Entwicklungskonzept Allschwil 2035 wird genehmigt.

://:

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Schlussabstimmung

://:

Das Geschäft wird einstimmig als Ganzes abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Interpellation von Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion, vom 07.11.2018, betreffend Aufwertungspotenzial der Strassenräume in Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4424 / A

Markus Gruber, Präsident: Ich frage den Interpellanten an, ob er mit der Antwort des Gemeinderats, die Sie schriftlich erhalten haben, zufrieden ist.

Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion: Ich bin sehr zufrieden mit der Antwort. Es hat mich gefreut, das so zu lesen. Ich bin nicht sicher, wie viel ich dazu jetzt schon als Interpellant sagen soll, oder ob ich erst nach dem Gemeinderat Stellung nehmen soll.

Markus Gruber, Präsident: Wenn Ihnen das lieber ist, übergebe ich das Wort zuerst Gemeinderat Christoph Morat.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich kann mich auch hier relativ kurz fassen. Wir haben versucht, die Fragen möglichst ausführlich zu beantworten, und zwar schriftlich so, dass ich jetzt nicht einen halben Abend lang zusätzlich Ihre Zeit in Anspruch nehmen muss. Ich kann nur so viel dazu sagen: Menschen in Städten und Gemeinden wie Allschwil sind immer mehr darauf angewiesen, dass ihr Umfeld lebenswert ist. Man entdeckt das auch immer mehr. Wenn man sich umschaute, sei es im Raum Zürich oder im Raum Bern oder in der Westschweiz, oder sei es auch in Basel, dann sind immer mehr Menschen der Überzeugung, dass ihr direktes Umfeld aufgewertet werden muss und Identität schaffen muss. Der Gemeinderat ist natürlich auch dieser Meinung und wird sich auch in der weiteren Planung damit befassen. Ich verweise hier ein weiteres Mal auf unser Leitbild, in welchem man ja auch die Quartierentwicklung in den nächsten Jahren zum Thema gemacht und auf die Fahne geschrieben hat. Es wird nicht alles auf einmal realisierbar sein. Der Gemeinderat ist da auch den finanziellen Realitäten ausgeliefert, wie jede andere Gemeinde auch. Aber wir sind doch einen Schritt weiter gekommen mit der Bildung des Leitbildes, und ein Teil davon ist natürlich auch eingeflossen in die Beantwortung dieser Interpellation.

Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion: Vielen Dank für diese Ergänzungen. Es freut uns von der SP-Fraktion und mich als Interpellanten sehr, wir waren sehr erfreut über die ausführliche und fachlich fundierte Antwort der Verwaltung auf meine Interpellation. Insbesondere hat uns gefreut, dass die Verwaltung sich informiert hat, was in anderen Gemeinden in dieser Richtung schon gemacht wird. Aus unserer Sicht hat es verschiedene Ansätze, die auch in Allschwil passen könnten. Die Antwort ist für uns eine gute Grundlage. So können wir weitere Schritte planen, um das Aufwertungspotenzial unserer Allschwiler Strassenräume besser nutzen zu können. Nochmals herzlichen Dank an die Verwaltung für die gute Arbeit.

Markus Gruber, Präsident: Diskussion findet statt, wenn kein Gegenantrag gestellt wird. – Ein solcher liegt nicht vor. Somit ist die Diskussion eröffnet. – Es gibt keine Wortmeldungen. Damit gilt die Interpellation als beantwortet und wird als erledigt abgeschrieben. Es gibt keine Abstimmung.

Es ist 20.50 Uhr. Ich schliesse die Einwohnerratssitzung.

ENDE DER SITZUNG 20.50 UHR